Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 8/9, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 85 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.93, bei leiter Post am Ort, Mk. 2.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Anzeigen für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, auswärtige Inserate 25 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141. Telephon Expedition 1206.

Nr. 86. Sonnabend, den 13. April 1907. 18. Jahrgang.

Der ungarische Parteitag.

Aus Budapest wird uns geschrieben:

Begleitet von der regsten Teilnahme der organisierten Arbeiterschaft tagte während der Ostertage in Budapest zum vierzehnten Male der Kongreß der Sozialdemokratie Ungarns. Nicht nur die interessierte Arbeiterschaft blickte mit Interesse den Verhandlungen der 191 Delegierten entgegen, sondern auch die Machthaber Ungarns, der reaktionäre Block: die Koalition begleitete gespannt die Verhandlungen des Parteitages. Ihr schlechtes Gewissen, das Bewußtsein, daß einzig allein sie schuld ist an der Unterschlagung des allgemeinen, direkten, gleichen Wahlrechtes, machte die politischen Kreise nervös. Daß die Welt wußte, der Kongreß der ungarländischen Sozialdemokratie wird ein Grundstein in dem Kampfe bilden, welchen das ungarländische Proletariat mit immer stärkerer Energie für das allgemeine Wahlrecht führt.

Um die Bedeutung des diesmaligen Parteitages der ungarischen Genossen zu begreifen, sei angeführt, daß Ungarn noch nie solch eine reaktionäre, arbeiterfeindliche Regierung auf dem Nacken hatte, als diejenige der „nationaldemokratischen" Patrioten. All die Sünden, welche die verschiedenen liberalen Regierungen während dreißig Jahren begingen, ereignen sich während einem kurzen Jahre der gegenwärtigen Regierung, die sich bei jedem Anlasse mit ihrer „Arbeiterfreundlichkeit" brüstet. Schubierung der Agitatoren, Verhaftung der Rechtsanwälte in Arbeiter-Angelegenheiten, Auflösung der Fachvereine ohne irgend welchen Grund, das ist heute in Ungarn etwas Alltägliches. Die Preßfreiheit, das elementarste Versammlungsrecht wird mit den schmutzigen Stiefeln der Comitatssatrappen getreten, kurzum, die arbeitende Bevölkerung wird von dem Wohlwollen der sich rächenden Koalition ganz der Willkür und Unterdrückung ausgeliefert.

Unter solchen Umständen mußte die ungarländische Sozialdemokratie das erste Jahr der Koalitions-Regierung durchmachen. Und es gereicht unseren ungarischen Genossen zur Ehre: je stärker und empörender die Verfolgung der arbeitenden Klasse wurde, desto vehementer trachtete die Partei, diese Angriffe zurückzuschlagen, trachtete sie, die Zahl der organisierten Arbeiter zu vermehren. Im verflossenen Jahre fanden in sechs Städten allgemeine Streiks nur wegen der Ungerechtigkeiten der asiatischen Behörden statt, und trotz alledem vermehrte sich die Zahl der organisierten Arbeiter um 60,000. Die ungarische Sozialdemokratie bewies in den letzten Jahren, daß sie ihren Feinden, welche in Ungarn eine Phalanx bilden, gewachsen ist. Je stärker die Unterdrückung, desto größer ist der Widerstand, desto fester wird die Partei. Auch die ungarländische Partei blüht empor unter den Tritten der Gegner, die Feinde sein wollen und Gärtner werden.

Inmitten solcher Zustände — man kann sagen in der Zeit eines Ausnahmezustandes — tagte der ungarische Parteitag, dessen Hauptpunkt der Kampf ums allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht bildete. In einer gewitterschwülen Stunde trat er zusammen, um das bisher Geleistete zu revidieren und den Plan für die allernächsten Kämpfe, welche Entscheidungskämpfe um die Erlangung des allgemeinen Wahlrechtes sein werden, zu bestimmen. Die ungarländische sozialdemokratische Partei ist sich dessen bewußt, daß im ganzen Lande sie allein den Fortschritt und die demokratische Entwickelung vertritt, daher hat die Frage der Erkämpfung des Wahlrechtes die bedeutendste Rolle gespielt. Von diesem Bewußtsein und von der dringenden Notwendigkeit des Wahlrechtes durchdrungen, wurde der Beschluß gefaßt, daß die politische Gleichberechtigung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, wenn nötig auch durch Inanspruchnahme der Waffe des politischen Massenstreiks, in kürzester Zeit zu erzwingen ist.

An der Schwelle erbitterter Kämpfe gegen Knechtung und Barbarei, für Freiheit und Recht, hat die Vertretung des ungarländischen Proletariats die Vergangenheit liquidiert und die Marschroute für die nahe Zukunft bestimmt. Die bisher geführten Kämpfe lassen uns hoffen, daß die am Parteitage ausgegebene Parole: „Es wird in Ungarn eher keine Ruhe herrschen, bis das allgemeine Wahlrecht erkämpft ist", nicht mehr verstummt.

Und dies gab dem ungarischen Parteitage seine besondere Bedeutung. Wenn das ungarische Proletariat in die Zukunft blickt, hat es einen großen Kampf vor sich, den Kampf um die unbedingte politische Gleichberechtigung mit den derzeit „Auserwählten". Und dieser Kampf wird wie in Oesterreich mit dem Siege enden. kb.

Der Anarchosozialist in Ketten.

Seine Erlebnisse mit der badischen und der hessischen Polizei schildert der nach Berlin zurückgekehrte Dr. Friedeberg in einer Zuschrift an den „Vorwärts" mit folgenden Worten:

Wir bestiegen die Freudenheimer Lokalbahn und fuhren davon; die Kriminalbeamten, die aber bequem mi einsteigen konnten, da sie immer dicht hinter uns waren, blieben zurück und kümmerten sich nicht mehr um uns. Ob wir durch unser weiteres Verhalten die uns vorgelegte Polizeiverfügung übertreten haben, wird die Gerichtsverhandlung ergeben. Selbst wenn man ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz herausdestillieren sollte, so ist das eine Schuld, die nach dem Strafgesetzbuch mit einer geringen Geldstrafe, im Höchstfalle 150 Mark, gebüßt wird.

Am Dienstag, den 2. April, Morgens, ich war ruhig in meinem Hotel geblieben, wurde ich zur Polizei geführt und verhört. Es wurde festgestellt, daß ich seit 19 Jahren in Berlin ansässig, seit 1895 als Arzt niedergelassen, infolge einer Herzerkrankung zurzeit im Süden weilen müßte und deshalb von Berlin „Auf Reisen" abgemeldet sei. Meinen diesbezüglichen Paß hatte ich zur Stelle. Es wurde ferner festgestellt, daß ich keiner anarchistischen Gruppe angehörte, im sozialdemokratischen Wahlverein des 3. Berliner Reichstagswahlkreises organisiert und mit einer wissenschaftlichen Arbeit über Anarchismus und Sozialismus beschäftigt sei, deren Grundzüge mein Referat zum Ausdruck bringen sollte und deren Konzept ich bei mir hatte. Trotzdem wurde mir erklärt, daß ich dableiben müßte, und wurde ich ins Amtsgefängnis abgeführt. Dort wurden mir meine sämtlichen Sachen abgenommen, ich mußte mich dann in einer Zelle, in der Tür und Fenster offen waren, völlig nackt auskleiden, trotzdem ich auf Befragen nach Krankheiten angegeben, daß ich an Herzerweiterung leide, und sämtliche Kleidungsstücke inklusive Hemd und Stiefel wurden einer eingehenden Visitation unterzogen. Dann wurde ich in einem anderen Flügel des Gefängnisses inhaftiert. Nachmittags wurde ich auf den Hof gebracht und trotz meines energischen und dringlichen Protestes zwangsweise in mehreren Stellungen photographiert. Dem Untersuchungsrichter wurde ich nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 24 Stunden sondern erst am Abend des nächsten Tages vorgeführt, und zwar geschah dies, indem ich barhäuptig und an einer eisernen Kette angeschlossen über Straße und Hof in das Gerichtsgebäude transportiert wurde. Nach erfolgtem Verhör das sich ausschließlich auf die unter Anklage gestellte Zeit, von 11½ bis 2 Uhr Nachts vom Sonntag zum Montag erstreckte, innerhalb welcher wir in einem Lokal gesessen und vornehmlich unseren, durch die vorhergehende Hetzjagd bewirkten Hunger und Durst gestillt hatten, wo also nichts Belastendes sich ergeben konnte, erklärte der Untersuchungsrichter mich für verhaftet. Auf meine Erwiderung, daß wohl überhaupt keine Bestrafung eintreten würde, wenn aber doch, höchstens eine so geringe Geldstrafe, daß dadurch die Schädigung meiner Gesundheit und die Freiheitsberaubung nicht gerechtfertigt würde, erklärte der Untersuchungsrichter, daß ich fluchtverdächtig sei, da ich zwar meinen Wohnsitz in Berlin hätte, aber jetzt auf Reisen abgemeldet sei. Meine Einwendung, daß ich korrespondierendes Mitglied des internationalen Bureaus zur Tuberkulose-Bekämpfung sei, dessen Vorsitz Graf v. Posadowsky inne habe, daß ich von der 70. Jahresversammlung deutscher Naturforscher und Aerzte neben den Professoren Gerhard, Leyden, Hüppe, Regierungsrat Engelmann ꝛc. in die ständige Kommission zur Schwindsuchtsbekämpfung gewählt sei, daß ich Mitglied und Mitarbeiter einer Reihe anderer wissenschaftlicher Körperschaften und Zeitschriften, daß eine telegraphische Anfrage beim Magistrat der Stadt Berlin ergeben würde, daß ich bis zu meiner Erkrankung Mitglied der Berliner Stadtverordneten-Versammlung und der Krankenhaus-Deputation gewesen, war vergeblich — dem Herrn Untersuchungsrichter half das alles nicht über seinen Fluchtverdacht gegen mich wegen der etwaigen kleinen Geldstrafe hinweg und wurde ich weiter in Haft behalten. Auch meine Bitte, sofort telephonisch Herrn Rechtsanwalt Doktor Frank benachrichtigen zu lassen, wurde nicht erfüllt, und so konnte mein Verteidiger erst am nächsten Vormittag zu mir gelangen, der sofort persönliche Bürgschaft für mich leistete. Aber auch dann dauerte es noch bis zum Abend, ehe ich entlassen wurde. Von der Vergünstigung der eigenen Kost habe ich keinen Gebrauch gemacht, die Gefängniskost habe ich nicht berührt, bis am dritten Tage ein Anfall von Herzschwäche mich zwang, einen Napf Suppe zu mir zu nehmen. Jeden Morgen mußte ich meine Zelle aufräumen und mit fünf anderen Gefangenen in einer Reihe angetreten den Kübel voll Kot und Urin zum Reinigen nach der Latrine tragen. Als ich das erste Mal wartend dastand, bis die Reihe zum Ausgießen an mich komme, sah mir Graf Posadowsky ein, der mir einst nach einem Vortrage, den ich als Vertrauensarzt der Zentralkommission der Krankenkassen ihm gehalten, dankend die Hand geschüttelt, in der ich jetzt den Kübel voll Unrat hielt, und zwar sein stolzes Wort: „Deutschland, das Land der größten persönlichen Rechtsgarantien."

Nicht weil mir, einem geachteten Arzte, dies begegnet, sondern weil solche Willkürakte und solche Herabwürdigung der menschlichen Persönlichkeit einem jeden gegenüber den schwachvollen Polizeigeist und Tiefstand unserer Verwaltung und Rechtspflege kennzeichnen, fühle ich mich verpflichtet, diese Vorkommnisse der Oeffentlichkeit zu unterbreiten.

Dr. R. Friedeberg.
praktischer Arzt und Spezialarzt für Lungenkrankheiten.
Berlin SO., Brückenstr. 10a, 6. April 1907.

Es ist ja nichts neues, was Friedeberg hier mitteilt, aber es enthält hübsch zusammengefaßt all die Prachtstücke des deutschen Rechtsstaats, unter denen sozialdemokratische Redakteure, besonders im Osten, schon manch liebes Mal gelitten.

Die Heiterethei.

Erzählung von Otto Ludwig.

51

„Ja, wenn's wär, was ich mir da denk'! Aber es kommt auch wieder so ein Fieberhund von Denkerei sein, wie das die Zeit her ist gewest. Das Fräle hat kein Mal recht damit herausgewollt, ob sie die Sach' nur der Ev' hat fertig gemacht, und hat immer von dem Annedorle geredt, daß es nicht herauskommen, ob's wär's zufrieden gewest. Ja, so ein alt Fräle hat auch noch ihre Aest'. Das war gar nicht unmöglich, daß das Fräle nur so hätt' gesagt und war noch gar nicht bei der Baderinnessin gewesen. Weiß ich nicht, was ich da vor Plaisier, wenn's so wär. Aber sagen könnt ich dem Fräle nur wie lieb mir's wär. Wenn doch am End' schon alles fertig war, und eher weiß ich dem Teufel, als daß ich könnte sagen, wie ein kleen Kind: O ihm ist mir soll nicht recht gewest, jetzund ist mir wieder das nicht recht. Das Wildtun, das soll mir nicht noch einmal kommen, es mag sich stellen, wie's will; den Fieberhund kenn ich ja schon. Aber die Mamesele', die freilich muß ein rechter Kerl zuwege erdenken. Was einer einmal gesagt hat, da bet man er bleiben, und sollt ihm darüber das Herz entzwei gehn vor Leid. Und so was wird hernachen auch werden. Wenn ich das Annedorle hätt', ich wär morgen wieder gesund. Sie hat gemeint, ich mill ihr was tun; das dauert mich. Und muß nun denken, sie hat mich um nix in den Bach gerannt. Wenn ich nur sollt wissen, was sie dächt, wenn die Leut' sagen, ich hab sie gemüllt! Ob sie's recht sehr reuen tät? So recht sehr? Ob sie wohl kommt weinen darüber? Wenn mir doch nur das Fräle hätt' was weisgemacht! Ich weiß nicht, was ich könnt vor drum. Da kommt der Schnäbler. Wenn ich den könnt anbelfen! Aber der ist auch pfiffig genug. Es wär vermutlich wenn ich die Ev' nu nicht nehmen, ich könnt nicht wieder recht gesund werden danach: das weiß ich. Und ich mag's auch nicht."

Der Meister Schnäbler merkte, trotzdem, daß er den Tag noch keinen Tropfen getrunken, was der Fritz wissen wollte.

Es war ein Vorteil der Nelkenfritzlisch'n, wenn er so unverhohlen, wie das Fräle von ihm verlangt hatte. Er stellte die Sache mit der Ev' als ganz fertig hin und redete stattlich drauf. Die Leute hatten die Gewohnheit, nicht vorauszusehen; deshalb finde die Rede einiger Plätzen, die sich ein gewisses Ansehen zu geben wußten, wenn sie behaupteten, das Fritz Nelkenfritz habe eigentlich der Weiterin versprochen, nicht mehr lebend, dann merke sich auch alles die Leuten gerade so, wie sie unwahrscheinlich [illegible] und Aus- und Einlassen Taten und Entschlüssen traue man einem solchen Manne, wie der Holders-Fritz ist, nicht zu.

Den Fritz hatte endlich weniger der noch nicht wieder gewohnte Aufenthalt im Freien, als die Bewegung seines Gemütes in Zorn, Freude und Schmerz angegriffen. Er ließ sich wieder zu seinem Bader führen.

Der Bader benutzte auch diesen Umstand. Er suchte die Alte auf und brachte sie durch wohlangewandte Beruhigungsreden bald in die größte Angst.

Der Fritz, sagte er ihr beiläufig, scheine zu glauben, daß sie ihn zum besten habe mit vorgespiegelter Erfüllung seines Wunsches. Das habe er, der Bader, gemerkt. Er wolle nicht meinen, daß die bedenkliche Wendung, die der Zustand des Gebrechlichen wieder zu nehmen drohe, von dem Zorn und dem Schmerz, getäuscht zu sein, herrühre. Sie solle, da ein gefährlicherer Rückfall in Aussicht sei, ein Gespräch darüber mit ihm vermeiden.

„Was der vernünftige Kerl sagt, daß er übermorgen nach Amerika will, da wollen wir ihn schon kriegen. Was? Der denkt auch noch die Seekrankheit dazu? Der kann so sterben! Er braucht kein Schiff; wenn's gerät, braucht er nicht einmal seine Beine und wandert noch wo ganz anders hin, als daß nach Amerika. Aber wer weiß, geht er zu Schiff, dürfen ihn nicht allein die Zeitung. Das ist ein ganz anderer Kerl, als so ein Landwindele. Ich soll sehen, ob's mehr ist. Das mit der Baderinnessin, daß das fertig war. Und das, nicht, soll ich's machen. Nur nichs unmöglich. Frau Gelberin, auf der Zeit gestorben. Das ist noch lang kein Schiefendecker, der den Hals hat gebrochen."

„Ja, Meister Schnäbler", begann die Alte. Aber der Meister konnte sich wohl denken, die Großmutter werde ihm nur bereden wollen, mit der Ausführung seines erhitzten Auftrages noch zu zögern. Einen scheinbaren Vorwand zu finden, wandte er der Klugheit der Alten zu. Dann, erklärte er weiter, werde er es entweder mit der verdrießen, oder den Vorteil, der das Entgegenkommen ihm in die Hände gab, unangenutzt fallen lassen müssen. In beide Aussichten ihm nicht behagten, [illegible] sprach von der Gefährlichkeit der Aufregung eines [illegible] Sterbenden [illegible], und redete davon, wie er sie hatte zu Worte kommen lassen.

Da stand nun das gute Holders-Fräle und wußte [illegible] Ende keinen Rat. Der Bader ging wohlbehalten und [illegible] nach dem Getriebe. Seine Rede von der Gefährlichkeit des Aufregens eines halbtot Sterbenden hatte sie [illegible] niedergeschlagen. Sie hatte [illegible] Vertrauen eines jeden betrogen, der noch [illegible] ihren ganzen Leben war und hatte damit nichts [illegible] [illegible] oder auch nur [illegible] [illegible] Bader [illegible] [illegible] Fräle als jedenfalls das [illegible] wirklich war — wir wollen es der Alten nicht verdenken, daß sie sich nichs ganz vergaß —, so lief sie Gefahr, ihre Stellung zu dessen künftigem Haushalte selbst zu untergraben. Und so schwere Dinge dies waren, das Mißfallen an der Ungeschicklichkeit einer Werbung durch den betrunkenen Bader hatte Gewicht genug, sich neben ihnen geltend zu machen.

Jene Möglichkeit, der Bader habe sie bloß schrecken wollen, wuchs zu einem Hoffnungsstern in ihrem betrübten Herzen, [illegible] aber der Anblick des Fritz, als sie ihn bleich und matt wieder auf seinem Bette liegen sah, sogleich wieder erstickte. Im Eintreten hörte sie ihn noch mit schwacher Stimme von einem Fährhunde reden.

„Ach Gott" dachte sie, „der Bader hat doch nicht gelogen, das Fritzle fiebert schon wieder. Wenn er wirklich sollt sterben, ich könnt's nicht überwinden, daß ich ihm die letzte Lieb' nicht hätt' getan mit der Baderinnessin-Ev'. Und ich war noch overdrein damit schuld an seinem Tod."

„Da, Fritzle", sagte sie, indem sie mit zitternder Hand den Trunkenen [illegible] neben ihn setzte.

Im Fritz war die Hoffnung, seine Großmutter habe [illegible] zu seinem Besten getäuscht, noch nicht ganz erloschen. „Der Schnäbler", meinte er, „kann von dem Fräle angeführt sein." Zwar schienen die einzelnen Reden des Baders recht mit [illegible] Plane zu stimmen, den er bei der Großmutter vorbereitet; aber im ganzen ließen sie sich nach seinem Wunsche auslegen. Er [illegible] sie so, obgleich er wußte, wenn er sich ernstlich fragte, müßte er sich antworten: „Ich glaub es freilich doch nur, weil ich [illegible] es mir so."

„Fräle", sagte er, „Ihr habt's nicht fertig gemacht. Ihr [illegible] nicht schon was. Ihr seid, wie der Fieberhund ..."

Die Alte fuhr in Gedanken die Hände über den Kopf zusammen. „Aber Fritzle ..."

„Ich Dank', wenn ich Ihr seid wie der Dank. Ihr wollt' nicht haben. Ihr wollt mir mit Gewalt eine andere aufdrängen."

Der gerade Ton, mit dem er das sprach, [illegible] Zahnschmerz angewendet, daß er die Alte nicht erschütterte, als der Inhalt seiner Rede selbst. Sie hatte im Geiste das Zerbrochene [illegible]

„Aber Fräle, wie kommt Du denn dazu?" sagte sie [illegible] Sie sah schon den Meister Schnäbler [illegible] an der Tür stehen, und es schien ihr nun bilder, als hätte sie [illegible] was er ihr [illegible] Sie [illegible] es unmöglich, noch [illegible] zu machen, was sie [illegible] [illegible]

„Es ist ja lustig und gut, Fritzle, was noch kommt [illegible] es mit einem Wort so [illegible] Ich [illegible] nicht [illegible]

(Fortsetzung folgt.)

„Der Goldfisch" zum 25. Male zur Aufführung. Freitag wird „Pufferl" wiederholt. Am Sonnabend geht zum 1. Male das Eisenbahn-Drama „Die Strecke" von Oskar Bendiner, mit den Herren Lande, Rehni, Wallner, Worms, Senger und den Damen Salzmann, Paulsen und Fischer in den Hauptrollen in Szene. In Vorbereitung befindet sich die komische Oper „Die Dragoner der Kaiserin" und „Der Zigeunerbaron", Operette von Johann Strauß.

* **Ein völliges Fiasko** hat die Staatsanwaltschaft mit ihrem Verfahren erlitten, das sie gegen den Prediger Tschirn von der Freireligiösen Gemeinde und den Genossen Albert als Verantwortlichen der „Volkswacht" wegen angeblichen Religionsvergehens angestrengt hatte. Beide Angeklagte wurden heute kostenlos freigesprochen, auch ihre baren Auslagen und die Kosten der Verteidigung hat die Staatskasse zu übernehmen. Wir kommen morgen auf den Prozeß noch näher zurück.

* **Die einheitliche Regelung des Radfahrverkehrs** liegt im dringenden Interesse des gesamten allgemeinen Verkehrs. Daher hat der Bundesrat Grundzüge zur Regelung des Radfahrverkehrs erlassen, die von den Einzelstaaten bei Schaffung von Radfahrordnungen beachtet werden sollen. Diese Grundzüge haben nach der „Freis. Ztg." im wesentlichen folgenden Inhalt: Jedes Fahrzeug muß mit einer sicher wirkenden Hemmvorrichtung, einer helltönenden Glocke zum Abgeben von Warnungszeichen, und während der Dunkelheit und bei starkem Nebel mit einer hellbrennenden, weißen Laterne versehen sein. Der Radfahrer hat eine auf seinen Namen lautende Radfahrkarte bei sich zu führen, die für den Umfang des Deutschen Reiches gilt. Die Fahrgeschwindigkeit ist jederzeit so einzurichten, daß Unfälle und Verkehrsstörungen vermieden werden. Innerhalb geschlossener Ortsteile darf nur mit mäßiger Geschwindigkeit, an gefährlichen Wegestellen nur langsam gefahren werden. Besondere Vorschriften regeln auch den Gebrauch der Glocke. Der Gebrauch von Signalpfeifen, Hupfen und beständig tönenden Glocken (Schlittenglocken und dergleichen), sowie von sogenannten Radlaufglocken ist untersagt. Das Radfahren ist, außer auf den für Radfahrverkehr eingerichteten befahrbaren Wegen (Radfahrwegen), nur auf den für Fahrzeuge bestimmten Wegen und Plätzen gestattet. Außerhalb der geschlossenen Ortschaften darf das Fahren mit Zweirädern auch auf den neben den Fahrwegen hinführenden, nicht erhöhten Bankets stattfinden. Die Polizei-Behörden sind befugt, den Radfahrverkehr auf Fußwegen und auf Plätzen, die für Fahrwerke nicht bestimmt sind, zuzulassen. Bei Benutzung der Bankette und Fußwege darf der Verkehr der Fußgänger nicht gestört werden. Das Bankett hat der Radfahrer bei Annäherung an Fußgänger rechtzeitig zu verlassen, sofern dies aber nicht möglich ist, hat er abzusteigen. Durch allgemeine ortspolizeiliche Vorschriften oder durch besondere, für einzelne Fälle getroffene polizeiliche Anordnungen kann auf bestimmten Wegen, Plätzen und Brücken oder Teilen derselben, sowie auf Banketten neben den Fahrwegen das Fahren mit Fahrrädern oder mit bestimmten Arten von Fahrrädern verboten oder beschränkt, sowie auf den Radfahrwegen der Fußgängerverkehr verboten werden. — Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1908 in Kraft. Die nach den bisherigen Vorschriften ausgestellten Radfahrkarten gelten noch bis zum 1. Januar 1910, sofern sie nicht für eine kürzere Zeit ausgestellt sind.

* **Schwerer Unglücksfall.** In das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder wurde schwer verletzt der Fabrikarbeiter Paul Feh[illegible], Mühlstraße 35, eingeliefert. Er wollte in der Mühlenfabrik von Hamitsch, Klosterstraße 80, seinen Fahrradschlauch zum Aufpumpen auf einen Kessel tragen, als hier im Augenblick platzter Kessel erlitt schwere Verletzungen und Verbrühungen des Gesichts, der Brust, Arme und Beine.

* **Angefahrener Junge.** Am 25. d. M. ist in einem Hause auf der Teichstraße in einer Gastwirtschaft der Kutscher eines noch nicht überfüllten gewesenen Mädchens gefunden worden. Die Mutter hat bisher noch nicht ermittelt werden können.

* **Der Alkohol.** Eine 60 Jahre alte Arbeiterin klagte am 8. d. M. Nachmittags in dem Hause Lessingstraße 8. als sie in betrunkenem Zustande ihre Wohnung aufsuchen wollte, aus dem vierten Stock der Treppe herab. Sie erlitt eine Gehirnerschütterung, an deren Folgen sie am 8. d. M. im Allerheiligen-Hospital gestorben ist.

* **Vermißt** wird seit dem 3. Februar der Schlosser Max Silbenbach, Kirchenstraße 35.

* **Automobilunfall.** In einer Kollisionsfahrt auf der Kaiserpaße wurde am 7. d. M. ein Schreibmaschinenmann des 9 Uhren Zeitung Inhalts dadurch herausgerissen, daß ein unbekannter Durchfahrt Wagen in Form und Größe eines 10 M. [illegible] einmal

* **Zusammenstoß.** Am 9. d. M. Nachmittags stieß auf der Kaiserstraße (Ecke Stockgasse) ein Straßenbahnwagen mit einem Handwagen der Königlichen Kunstinstitutsmalerei zusammen. Der Handwagen wurde vollständig zertrümmert. Der Vorderperron des Straßenbahnwagens wurde nur leicht beschädigt.

* **20 Mark Belohnung.** Am 28. März ist eine goldene Damenuhrkette mit einem Schieber gestohlen worden. Für Wiederbringung der Kette sind 20 M. Belohnung ausgesetzt.

* **In das Polizeigefängnis** wurden am 9. d. M. [illegible]

* **Gefunden wurden:** ein Kinderfahrrad, ein Tremolin, [illegible], eine grüne Geld-Kassette mit [illegible] Inhalt.

* **Abhanden kamen:** ein Nickelmicrometer, eine Uhr [illegible] mit Gummiband und zwei Portemonnaies mit 19 Mark Inhalt.

* **Gestohlen wurden:** Einer Arbeiterin aus Neustädtel in einer hiesigen Küche ein Portemonnaie mit 27.30 M., auf einer Bierdeckmaschine eine größere Menge Getränkeflaschen. — Auf einer Wiesenung der Albertstraße ein [illegible] und ein braunes Jackett, einer [illegible] Uhr, zwei weißleinene Hemden und Oberhemden, aus dem Garten einer Wohnung auf der Gartenstraße ein Damenfahrrad, [illegible] ein Kinderwagen mit Verdeck.

Aus Schichau und Boden.

An die Textilarbeiter Schlesiens!

Der Zentralverband deutscher Textilarbeiter, [illegible] schreibt uns:

Es ist uns bekannt geworden, daß der Vorsitzende und Gewerkschaftsbeamte Herr Alfred Neukirch in Oslitz in verleumderischer gewissenloser Weise Schlesien (Kreuzer Handzettel Japanes Wochenblatt, Textilarbeiter Schlesien) Unwahrheiten [illegible] gegen Herrn die gemeinste Hetzerei gerichtet worden. Um einer [illegible] Polizei (vermutlich verleumderischen) [illegible] Zeugen zu bewahren, bitten wir, einer Warnung in der „Volkswacht" um Aufmerksamkeit bei der Frage zu bringen, in der Hoffnung in Bezug auf Entlastung und baldige [illegible] Gerichtsverhandlung gewarnt werden [illegible].

Wir können auch den Warnung der Friede Oslitz nur [illegible] und erinnern der Textilarbeiter Schlesiens zur Beachtung [illegible].

Von der Fürsorgeerziehung in Sachsen.

Das Reichsgericht verwarf am 2. April c. die von dem Landwirt Adolf Gruner und Herrn Hermann Jahn, gegen ein Urteilsurteil eingelegte Revision in der Fürsorgeerziehungssache [illegible] Urteil gegen beide die rechtliche Fürsorgeerziehung [illegible] Erziehung, hat in materiellen Fällen die Urteile [illegible] der allein der politischen und moralischen Fähigkeiten [illegible] Gerichten gerechtfertigt. Der Urteilsspruch ist folgender: [illegible] gegen die Landwirte Adolf Gruner und Hermann Jahn [illegible] zur Zeit verurteilt. Der minderjährige Hermann [illegible] ist [illegible] 15 Jahre [illegible]. Die beiden [illegible] in der Fürsorgeerziehungsanstalt in Groß-Rosen [illegible] und [illegible] beide bei dem Gutsbesitzer Kutschke in Herzogswaldau in Dienst. Ihr Dienstherr tadelte sie oft, züchtigte sie auch wiederholt. Darauf gab Grosser, der ältere, den Rat, den Dienstherrn „um die Ecke zu bringen". Am 27. November, als sie mit ihrem Dienstherrn Dünger auf die Wiese fuhren, stießen sie über den Dienstherrn her und schlugen ihn mit einer Rübenhacke tot. Die Leiche warfen sie in einen Wassergraben. Bei der Heimkehr taten sie, als wüßten sie nicht, wo ihr Dienstherr geblieben. Am anderen Morgen helfen sie mit suchen, ohne die Leiche zu finden. Nachmittags fanden Nachbarn die Leiche, die auch, wie sich herausstellte, um 10 Mark von den Mördern beraubt war.

Wäre der Mord möglich gewesen, wenn die jungen Leute in der Fürsorgeanstalt wirkliche Ergänzung der mangelnden Erziehung erhalten hätten, wenn sie nicht dann als gute Ausbeutungsobjekte behandelt und endlich nicht verjagt worden wäre, den Rest von Selbständigkeit und Ehrgefühl ihnen durch Prügel austreiben? Schuld an diesem neuen Mord trägt nicht in letzter Reihe das von uns häufig gekennzeichnete sogenannte Fürsorgesystem, das nicht auf Ersatz mangelnder Erziehung, sondern auf grausame, ungerechte Bestrafung der Kinder für den Mangel ihrer Erziehung und auf Ausbeutung der Kinder, insbesondere im agrarischen Interesse, hinzielt. Weit mehr die Väter eines solchen Systems, als die halb unbewußten Vollzieher der durch dies System herbeigeführten Morde verdienen die schärfste Verurteilung, das System selbst als ein gemeingefährliches die rücksichtsloseste Bekämpfung. Die heute herrschende Klasse steht freilich so tief in scheinheiliger Frömmigkeit, in unbarmherzigem Dogmatismus und in blindester Furcht vor dem Erwachen der Arbeiter nach Gleichberechtigung, daß bei ihr ein ernstlicher Wille zur Abhilfe von diesen Zuständen selbst dann noch nicht lebendig würde, wenn noch mehr Morde wie der in Herzogswaldau verübten ihr unmittelbar die Folgen des heutigen Fürsorgesystems zeigen würden. Schon im vorigen Jahre entsprang das Michelsdorfer Mordprozesses, bei dem erst [illegible] Jünglinge des Rettungsheimes Michelsdorf auf der Anklagebank saßen, [illegible] auf die unbeschreiblichen Zustände des Fürsorgesystems hingewiesen.

Wie aus dem Verwaltungsbericht der Stadt Görlitz von 1906/07 hervorgeht, sind auch 20 Görlitzer Jugendliche in Fürsorgeerziehung untergebracht. Davon sind eben im Rettungsheim Michelsdorf und drei in Groß-Rosen. Der [illegible] vom 1906 [illegible] Jahre [illegible] Jugendliche, daß die Gerichte, [illegible] auf einem Viertel des Kommergerichts die Unterbringung Jugendlicher in Fürsorgeerziehung so erschweren. Die Verhältnisse zeigen, daß es vielfach verfehlt ist, Jugendliche in Rettungshäuser zu senden.

Oberschlesische Wasserversorgung.

In der Frage der Wasserversorgung der Gemeinden Schwientochlowitz, Birkenhain und Siemianowitz im Kreis Kattowitz hat der Bürgermeister zu Birkenhain eine Konferenz für den Gemeinde der genannten Gemeinden, die sich schon Jahre hindurch bei der Frage des Baues eines Wasserturmes, die infolgen großer Schwierigkeiten ferner, weil eine Einigung über die Lösung der Frage einer neuen Zuführung zum Wasserturm der alten Wasserschachtleitung an der Königshütte-Beuthener Chaussee nach dem im erhaltenen Wasserturm auf der Höhe der Königshütte-Chorzow-Hütte nicht zu erzielen war. Diese Kosten betragen 35.000 Mk., die an [illegible], der Bürgermeister hätten sich geweigert hat. Auch die [illegible] Verhandlungen zum Zusammenschluß zu keinem positiven Ergebnis, welche wurde die ganze Differenzfrage der Wasserversorgung zur [illegible] Entscheidung unterbreitet. Eine Entscheidung dürfte noch lange auf sich warten lassen.

Waldenburg, 8. April. „Feierabend"-Verleumdungen! Der „Feierabend" aus Waldenburg, Organ des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, ein dem Unternehmertum nahestehendes Blatt, bemüht sich Woche für Woche [illegible] der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und [illegible] zu machen. Jede Nummer bringt neue Lügen und Verleumdungen, daß den [illegible] Gemüter über das Treiben [illegible] muß, denn wer den „Feierabend" Woche für Woche liest, der muß zu der Ueberzeugung kommen, daß die Sozialdemokraten die gemeinsten Verbrecher sind, die nur [illegible] Ziel haben, die Menschen um ihr Geld zu bringen. Daß die Mitglieder der Partei [illegible] der Gemeinheit für gemeinen Diamantschuft sind, die sich das Geld aus den Taschen stehlen, während andere [illegible] Vergnügen die allein Tugendhaften „Gerecht" sind, die mit „Hellem" Verstande die Welt und ihr Geld betrachten. Immer sind Genossen [illegible] vom Arbeiterparteien [illegible], aber das geht aber das Unterfeld, ein [illegible] Mann [illegible] durch [illegible] Geld, mit und auch der Zweck des Feierabends [illegible] Wahrheit Gerichtsmann [illegible] Mitglieder um ihr Geld bringen. Die „Volkswacht" bezeichnete den Satzen, daß der [illegible] Genossen Paul Müller aus Bonn [illegible] Mitgliedschaft [illegible] 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ebenfalls [illegible] in der [illegible] Sache Gerichtsverhandlung. Mitglieder [illegible].

Diese Mitteilungen [illegible] nun der „Feierabend" aus [illegible] „Daß sich [illegible] Genossen sind für [illegible] Gerichtsverhandlungen, daß die Parteiorganisation [illegible] „Gerichtsmann" [illegible] Genossen sind die [illegible] „Ehrenrechte" und „Bürgerrechte" [illegible] Gefängnis oder Zuchthaus [illegible] [illegible] Verhältnis, daß [illegible] Verleumdungen [illegible] Gerichtsverhandlungen [illegible] Gerichtsverhandlungen [illegible] Gerichtsverhandl

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Unsere Anzeigenpreise betragen für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 10 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, Auswärtige Inserate 25 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1205.

Nr. 86. Sonnabend, den 13. April 1907. 18. Jahrgang.

Der ungarische Parteitag.

Aus Budapest wird uns geschrieben:

Begleitet von der regsten Teilnahme der organisierten Arbeiterschaft tagte während der Ostertage in Budapest zum vierzehnten Male der Kongreß der Sozialdemokratie Ungarns. Nicht nur die interessierte Arbeiterschaft blickte mit Interesse den Verhandlungen der 191 Delegierten entgegen, sondern auch die Machthaber Ungarns, der reaktionäre Block: die Koalition begleitete gespannt die Verhandlungen des Parteitages. Ihr schlechtes Gewissen, das Bewußtsein, daß einzig allein sie schuld ist an der Unterschlagung des allgemeinen, direkten, gleichen Wahlrechtes, machte die politischen Kreise nervös. Denn alle Welt wußte, der Kongreß der ungarländischen Sozialdemokratie wird ein Grundstein in dem Kampfe bilden, welchen das ungarländische Proletariat mit immer stärkerer Energie für das allgemeine Wahlrecht führt.

Um die Bedeutung des diesmaligen Parteitages der ungarischen Genossen zu begreifen, sei angeführt, daß Ungarn noch nie solch eine reaktionäre, arbeiterfeindliche Regierung auf dem Nacken hatte, als diejenige der „nationaldemokratischen" Patrioten. All die Sünden, welche die verschiedenen liberalen Regierungen während dreißig Jahren begingen, ereignen sich während einem kurzen Jahre der gegenwärtigen Regierung, die sich bei jedem Anlasse mit ihrer „Arbeiterfreundlichkeit" brüstet. Schubierung der Agitatoren, Verhaftung der Rechtsanwälte in Arbeiter-Angelegenheiten, Auflösung der Fachvereine ohne irgend welchen Grund, das ist heute in Ungarn etwas alltägliches. Die Preßfreiheit, das elementarste Versammlungsrecht wird mit den schmutzigen Stiefeln der Comitatssatrappen getreten, kurzum, die arbeitende Bevölkerung wird von dem Wohlwollen der sich rächenden Koalition ganz der Willkür und Unterdrückung ausgeliefert.

Unter solchen Umständen mußte die ungarländische Sozialdemokratie das erste Jahr der Koalitions-Regierung durchmachen. Und es gereicht unseren ungarischen Genossen zur Ehre: je stärker und empörender die Verfolgung der arbeitenden Klasse wurde, desto vehementer trachtete die Partei, diese Angriffe zurückzuschlagen, trachtete sie, die Zahl der organisierten Arbeiter zu vermehren. Im verflossenen Jahre fanden in sechs Städten allgemeine Streiks nur wegen der Ungerechtigkeiten der asiatischen Behörden statt, und trotz alledem vermehrte sich die Zahl der organisierten Arbeiter um 60,000. Die ungarische Sozialdemokratie bewies in den letzten Jahren, daß sie ihren Feinden, welche in Ungarn eine Phalanx bilden, gewachsen ist. Je stärker die Unterdrückung, desto größer ist der Widerstand, desto fester wird die Partei. Auch die ungarländische Partei blüht empor unter den Tritten der Gegner, die Feinde sein wollen und Gärtner werden.

Inmitten solcher Zustände — man kann sagen in der Zeit eines Ausnahmezustandes — tagte der ungarische Parteitag, dessen Hauptpunkt der Kampf ums allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht bildete. In einer gewitterschwülen Stunde trat er zusammen, um das bisher Geleistete zu revidieren und den Plan für die allernächsten Kämpfe, welche Entscheidungskämpfe um die Erlangung des allgemeinen Wahlrechtes sein werden, zu bestimmen. Die ungarländische sozialdemokratische Partei ist sich dessen bewußt, daß im ganzen Lande sie allein den Fortschritt und die demokratische Entwickelung vertritt, daher hat die Frage der Erkämpfung des Wahlrechtes die bedeutendste Rolle gespielt. Von diesem Bewußtsein und von der dringenden Notwendigkeit des Wahlrechtes durchdrungen, wurde der Beschluß gefaßt, daß die politische Gleichberechtigung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, wenn nötig auch durch Inanspruchnahme der Waffe des politischen Massenstreiks, in kürzester Zeit zu erzwingen ist.

An der Schwelle erbitterter Kämpfe gegen Knechtung und Barbarei, für Freiheit und Recht, hat die Vertretung des ungarländischen Proletariats die Vergangenheit liquidiert und die Marschroute für die nahe Zukunft bestimmt. Die bisher geführten Kämpfe lassen uns hoffen, daß die am Parteitage ausgegebene Parole: „Es wird in Ungarn eher keine Ruhe herrschen, bis das allgemeine Wahlrecht erkämpft ist", nicht mehr verstummt.

Und dies gab dem ungarischen Parteitage seine besondere Bedeutung. Wenn das ungarische Proletariat in die Zukunft blickt, hat es einen großen Kampf vor sich, den Kampf um die unbedingte politische Gleichberechtigung mit den derzeit „Auserwählten". Und dieser Kampf wird wie in Oesterreich mit dem Siege enden. ib.

Der Anarchosozialist in Ketten.

Seine Erlebnisse mit der badischen und der hessischen Polizei schildert der nach Berlin zurückgekehrte Dr. Friedeberg in einer Zuschrift an den „Vorwärts" mit folgenden Worten:

Wir bestiegen die Freudenheimer Lokalbahn und fuhren davon; die Kriminalbeamten, die aber bequem mit einsteigen konnten, da sie immer dicht hinter uns waren, blieben zurück und kümmerten sich nicht mehr um uns. Ob wir durch unser weiteres Verhalten die uns vorgesetzte Polizeiverfügung übertreten haben, wird der Gerichtsverhandlung ergeben. Selbst wenn man ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz herausdestillieren sollte, so ist das eine Schuld, die nach dem Strafgesetzbuch mit einer geringen Geldstrafe, im Höchstfalle 150 Mark, gebüßt wird.

Am Dienstag, den 2. April, Morgens, ich war ruhig in meinem Hotel geblieben, wurde ich zur Polizei geführt und verhört. Es wurde festgestellt, daß ich seit 19 Jahren in Berlin ansässig, seit 1895 als Arzt niedergelassen, infolge einer Herzerkrankung zurzeit im Süden weilen müßte und deshalb von Berlin „Auf Reisen" abgemeldet sei. Meinen diesbezüglichen Paß hatte ich zur Stelle. Es wurde ferner festgestellt, daß ich keiner anarchistischen Gruppe angehörte, im sozialdemokratischen Wahlverein des 3. Berliner Reichstagswahlkreises organisiert und mit einer wissenschaftlichen Arbeit über Anarchismus und Sozialismus beschäftigt sei, deren Grundzüge mein Referat zum Ausdruck bringen sollte und deren Konvolut ich bei mir hatte. Trotzdem wurde mir erklärt, daß ich dableiben müßte, und wurde ich ins Amtsgefängnis abgeführt. Dort waren mir meine sämtlichen Sachen abgenommen, ich mußte mich dann in eine Zelle, in der Tür und Fenster offen waren, vollständig nackt auskleiden, trotzdem ich auf Befragen nach Krankheiten angegeben, daß ich an Herzerweiterung leide und allmähliche Kleidungsstücke inklusive Hemd und Stiefel wurden einer eingehenden Visitation unterzogen. Dann wurde ich in einem anderen Flügel des Gefängnisses inhaftiert. Nachmittags wurde ich auf den Hof gebracht und trotz meines energischen und dringlichen Protestes zwangsweise in mehreren Stellungen photographiert. Dem Untersuchungsrichter wurde ich nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 24 Stunden sondern erst am Abend des nächsten Tages vorgeführt, und zwar geschah dies, indem ich barhäuptig und an einer eisernen Kette angeschlossen über Straße und Hof in das Gerichtsgebäude transportiert wurde. Nach erfolgtem Verhör das sich ausschließlich auf die unter Anklage gestellte Zeit, von 11½ bis 2 Uhr Nachts vom Sonntag zum Montag erstreckte, innerhalb welcher wir in einem Lokal gesessen und vornehmlich unseren, durch die vorhergehende Hetzjagd bewirkten Hunger und Durst gestillt hatten, wo also nichts Belastendes sich ergeben konnte, erklärte der Untersuchungsrichter mich für verhaftet. Auf meine Erwiderung, daß wohl überhaupt keine Bestrafung eintreten würde, wenn aber doch, höchstens eine so geringe Geldstrafe, daß dadurch die Schädigung meiner Gesundheit und die Freiheitsberaubung nicht gerechtfertigt würde, erklärte der Untersuchungsrichter, daß ich fluchtverdächtig sei, da ich zwar meinen Wohnsitz in Berlin hätte, aber jetzt auf Reisen abgemeldet sei. Meine Einwendung, daß ich korrespondierendes Mitglied des internationalen Bureaus zur Tuberkulose-Bekämpfung sei, dessen Vorsitz Graf v. Posadowsky inne habe, daß ich von der 70. Jahresversammlung deutscher Naturforscher und Aerzte neben den Professoren Gerhard, Leyden, Hüppe, Regierungsrat Engelmann ꝛc. in die ständige Kommission zur Schwindsuchtsbekämpfung gewählt sei, daß ich Mitglied und Mitarbeiter einer Reihe anderer wissenschaftlicher Körperschaften und Zeitschriften, daß eine telegraphische Anfrage beim Magistrat der Stadt Berlin ergeben würde, daß ich bis zu meiner Erkrankung Mitglied der Berliner Stadtverordneten-Versammlung und der Krankenhaus-Deputation gewesen, war vergeblich — dem Herrn Untersuchungsrichter half das alles nicht über seinen Fluchtverdacht gegen mich wegen der etwaigen kleinen Geldstrafe hinweg und wurde ich weiter in Haft behalten. Auch meine Bitte, sofort telephonisch Herrn Rechtsanwalt Doktor Frank benachrichtigen zu lassen, wurde nicht erfüllt, und so konnte mein Verteidiger erst am nächsten Vormittag zu mir gelangen, der sofort persönliche Bürgschaft für mich leistete. Aber auch dann dauerte es noch bis zum Abend, ehe ich entlassen wurde. Von der Vergünstigung der eigenen Kost habe ich keinen Gebrauch gemacht, die Gefängniskost habe ich nicht berührt, bis am dritten Tage ein Anfall von Herzschwäche mich zwang, einen Napf Suppe zu mir zu nehmen. Jeden Morgen mußte ich meine Zelle aufräumen und mit fünf anderen Gefangenen in einer Reihe angetreten den Kübel voll Kot und Urin zum Reinigen nach der Latrine tragen. Als ich das erste Mal wartend dastand, bis die Reihe zum Ausgießen an mich komme, fiel mir Graf Posadowsky ein, der mir einst nach einem Vortrage, den ich als Vertrauensarzt der Zentralkommission der Krankenkassen ihm gehalten, dankend die Hand geschüttelt, in der ich jetzt den Kübel voll Unrat hielt, und zwar sein stolzes Wort: „Deutschland, das Land der größten persönlichen Rechtsgarantien."

Nicht weil mir, einem geachteten Arzte, dies begegnet, sondern weil solche Willkürakte und solche Herabwürdigung der menschlichen Persönlichkeit einem jeden gegenüber den schwachvollen Polizeigeist und Tiefstand unserer Verwaltung und Rechtspflege kennzeichnen, fühle ich mich verpflichtet, diese Vorkommnisse der Oeffentlichkeit zu unterbreiten.

Dr. R. Friedeberg.
praktischer Arzt und Spezialarzt für Lungenkrankheiten.
Berlin SO., Brückenstr. 10a, 6. April 1907.

Es ist ja nichts neues, was Friedeberg hier mitteilt, aber es enthält hübsch zusammengefaßt all die Prachtstücke des deutschen Rechtsstaats, unter denen sozialdemokratische Redakteure, besonders im Osten, schon manch liebes Mal gelitten.

Die Heiterethei.

Erzählung von Otto Ludwig.

31.

„Ja, wenn's mir was ich mir da denk'! Aber es könnt' auch wieder so ein Fieberhund dem Denkerer sein, wie das die Zeit her ist gewest. Das Fritzle hat kein Mal recht damit herausgewollt, ob sie die Sach' mit der Ev' hat fertig gemacht, und hat immer nur dem Annedorle gerecht. Soll's sollt' herauskommen. Ich wär's gefällig gewest. Ja, wo ein alt Fritzle hat auch noch eine Aest. Das war gar nicht unmöglich, daß das Fritzle mir so hat gesagt und wär noch gar nicht bei der Weiberei gewest. Wär, ich wär, was ich hab' der Weiber, wenn's so war. Aber sagen kann ich dem Fritzle nicht, wie lieb mir's wär. Wenn's ist am End' schon alles ferig war, und eher rat ich der Teufel, als daß ich könnte sagen, wie ein klein Kind: Wenn ich mir's nicht recht gemacht, jagend ich mir wieder das nicht zum. Das Wildfang, das sind wir nicht noch einmal kommen. Es mag sich stellen, wie's will, den Fieberhund kann ich nicht leiden. Aber die Mannesehr', die freilich muß ein rechter Kerl entrecht erwarten. Was einer einmal gelobt hat, das hält er, und sollt' ihm darüber das Herz entzwei gehn. Und so was wird vermachen auch werden. Wenn ich das Annedorle nur', ich wär morgen wieder gesund. Sie hat gemeint, ich will ihr was tun; das dauert mich. Und muß mir denken, sie hat mich um nur in den Bach gerennt. Wenn ich nur sicher wüßten, was sie dicht, wenn die Leut' sagen, ich sei sie gewest? Ob sie's recht sehr reuen tut? So recht sehr? Ob sie mich kann wieder dürfen? Wenn mir doch nur das Kind' was werdenmacht! Ich weiß nicht, was ich kann um drum. Da kommt der Schnudler. Wenn ich den könnt' nicht leiden! Aber der ist auch pfiffig genug. Es wär bedenklich, wenn ich die Ev' nur könnt' lehnen, ich könnt' nicht wieder recht gesund werden danach, das weiß ich. Und so macht's auch recht."

Der Wetter Schnudler merkte, nachdem, daß er den Tod mit seinen Trauben gerungen, was der Fritz wissen wollte.

Es war ihr Vorteil, der Wetter Lieb-Ev', wenn er so antwortete, wie die Alte von ihm verlangt hatte. Er stellte die Sache mit der Ev' so dann fertig dar und möglich als völlig hoffnungslos. Die Weiber hatten die Gefahr klüglich vorausgesehen. Denn in Liebe die Rede einiger Entfernung, die ihn etwas zu reden veranlaßte, wenn sie beschwichtigen, das Fritzle hatte einen Ekel gewonnen, nicht nur für das Weib, man wollte sich nicht über die Weiber [illegible] Gedanken und Entschlüsse traue man einem solchen Manne, wie der Holders-Fritz ist, eher zu.

Der Fritz hatte endlich weniger der noch nicht wieder gewohnte Aufenthalt im Freien, als die Bewegung seines Gemütes in Zorn, Freude und Schmerz angriffen. Er ließ sich wieder zu seinem Lager führen.

Der Bader bemerkte auch diesen Umstand. Er sucht die Mitte auf und brachte sie durch wohlangewandte Beruhigungsreden bald in die größte Ruh'.

Der Fritz sagte er ihr beiläufig, scheine zu glauben, daß sie ihn zum besten habe mit vorgeschützter Erfüllung seines Wunsches. Das habe er, der Bader, gemerkt. Er wolle nicht raten, daß die bedenkliche Wendung, die der Zustand des Patienten wieder zu nehmen droht, von dem Zorn und dem Schmerz, gemischt zu sein, herrühre. Sie solle, der ein [illegible] Rückfall in Aussicht sei, ein Gespräch darüber mit ihm vermeiden.

„Was der vernünftige Kerl sagt, daß er übermorgen nach Amerika will, da weiter wir ihn schon fragen. Was? der braucht auch noch die Seelenruhen dazu? Der kann sie haben. Er bekommt kein Schiff; wenn's gerät, brauche er nicht einmal lange Zeit und wandert noch wo ganz anders hin. Ist doch [illegible] Aber wer weiß, geht er zu Schiff, kommt er wieder die Zeit?" Das ist ein ganz anderer Weg, als so ein Landmeidle. Ich soll sagen, es wär ein, das mit der Verlobung, daß das fertig war. Und [illegible] nicht, soll ich's machen. Nur nicht unglücklich. Frau Adelberta: auf der Tag gestorben, das ist noch lang kein Schnudler, der den Schuh hat gebrochen."

„Ja, Meister Schnudler", begann die Alte. Aber der Weber konnte sich wohl denken, die Großmutter wurde ihn nur bereden wollen, mit der Ausführung seines erkrankten Mitmenschen noch zu warten. Einen scheinbaren Vorwand dafür zu finden, [illegible] der Klugheit der Alten zu. Dann, erkannte er voraus, werde er es vielleicht mit ihr verderben, oder den Vorteil, den das Gelingen Angezweifelnder ihm in die Hände und umsonst kommen lassen müssen. Da beide Ausflüchte ihm nicht behagten, so er erst sich etwa, sprach von der Gefahr, den der Aufregung eines [illegible] Sterbenden habe, und rannte davon, ehe er sie hatte zu Worte kommen lassen.

Da fand man das gute Holders-Fritzle und wußte ihres Leides keinen Rat. Der Bader eilt wahrscheinlich geradewegs nach dem Weinger. Seine Rede von der Heiligkeit des Auftrags eines [illegible] Sterbenden hatte sie vollends niedergeschlagen. Da sagte die Hermann [illegible] Leben beinegen, der nach [illegible] Sterben [illegible] wär, und hatte damit nichts [illegible] [illegible] Bader [illegible] oder auch nur ein [illegible] [illegible] Sterbenden [illegible] [illegible] wirklich war — wir wollen es der Alten nicht verdenken, daß sie sich nichts ganz vergaß —, so ließ sie Gefahr, ihre Stellung zu dessen künftigem Haushalte selbst zu untergraben. Und [illegible] schwere Dinge dies waren, das Mißfallen an der Ungeschicklichkeit einer Werbung durch den betrunkenen Bader hatte Gewicht genug, sich neben ihnen geltend zu machen.

Jene Möglichkeit, der Bader habe sie bloß schrecken wollen, wuchs zu einem Hoffnungskeim in ihrem betrübten Herzen. Dem aber der Anblick des Fritz, als sie ihn bleich und matt wieder auf seinem Bette liegen sah, so lieb wieder erinnte. Im Eintreten hatte sie ihn noch mit schwacher Stimme von einem Kirchhofe reden.

„Ach Gott", dachte sie, „der Bader hat doch recht gehabt, das Fritzle fiebert schon wieder. Wenn er wirklich sollt' sterben, ich könnt's nicht überwinden, daß ich ihm die letzte Ruh' hab' gestört hat der Weinmeister-Ev'. Und ich war noch dazu damit schuld an seinem Tod."

„Du, Fritzle", sagte sie, indem sie mit zitternder Hand den Cement martrank reden ihn stellte.

Im Fritz war die Hoffnung, seine Großmutter habe [illegible] zu seinem Besten gedichtet, noch nicht zum erloschen. „Der Schnudler", meinte er, „kann von dem Fritzle angestellt [illegible] Zwar schienen die einzelnen Reden des Vaters nicht mit [illegible] Plane zu stimmen, den er bei der Großmutter vorausgesetzt; [illegible] im ganzen hielten sie sich nach seinem Wunsche zusammen. [illegible] sie so, obgleich er wußte, wenn er sich entfernt hatte, [illegible] sich angewarten: „Ich glaub es freilich doch nur, wenn ich [illegible] es war so."

„Fritzle", sagte er, „Ihr habt's nicht fertig gemacht. [illegible] weißt schon was. Ihr seid, wie der Fieberhund ..."

Die Alte fuhr in Gedanken die Hände über den [illegible] zusammen. „Aber Fritzle ..."

„Ich Dank', wenn ich Ihr seid, wie Ihr denk'. Ihr [illegible] nicht haben. Ihr wollt mir mit Gewalt eine andere aufdrängen."

Der [illegible] Ton, mit dem er das sprach, [illegible] Schwäche angemacht, daß er die Alte mehr [illegible] Inhalt seiner Rede selbst. Sie dann im Geist [illegible] dazu lauern.

„Aber Fritzle, wie kommst Du das denken?" hatte sie [illegible] „Sie sind dem Weiber Sammen zu [illegible] an der Tür Geben, und es seien ihr nur Weiber, als daß sie das tun wollen, was er ihr verlangt. Sie machen sich [illegible] daß es unmöglich, noch nicht [illegible] und wieder zu machen, was sie [illegible] dieser verdeutscht.

„Es ist ja lustig und auch Fritzle was noch Man [illegible] Fall. Das ist ja mit einem Wort [illegible] Zuschreiben [illegible] Zeit nur nicht gewiß, [illegible] Tat."

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Ein sozialpolitischer Tag.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die große sozialpolitische Debatte fort. Den Reigen eröffnete der Antisemit Raab. Als echter Hünstler jammerte er über die Konsum-Vereine, deren Erdrosselung er verlangte. Nicht übel dagegen waren seine Ausführungen über die Tyrannei der Hamburger Hafenkönige und über die englische Streikbrecher-Gesellschaft, die von diesen edlen Prozentpatrioten importiert worden ist.

Dann kam Mugdan, der Volkspartei'er. Der Sammelkandidat von Görlitz kehrte diesmal seine sozialreformerische Seite heraus. Mit Recht konstatierte er, daß die Zunahme der Aussperrungen ein charakteristisches Merkmal der schrankenlosen Gewalt der Industriebarone sei. Es war ganz im Paarungsgeiste, daß Herr Mugdan nach heftiger und zwar an sich begründeter, aber im Freisinnsmunde übel sich ausnehmender Polemik gegen das sozialpolitische Lob des Zentrums mit einem tiefen Knix vor den sozialreformerischen Verdiensten — Stumms seine leidlich liberal einsetzende Rede endete.

Auf weit höherer Warte standen die Ausführungen des folgenden Redners, des Dr. Naumann. Für den bürgerlichen Parlamentarismus bedeutetet Naumann für Gerlach — dessen Verdienste in allen Ehren! — einen guten Tausch. Herr Naumann hatte das Ohr des Hauses. Der Beifall, der ihm wurde, erstreckte sich von der Linken über das Zentrum bis zur wirtschaftlichen Vereinigung. Inhaltlich wie formell stellt die Rede Naumanns das Bedeutendste dar, was auf bürgerlicher Seite in diesem Reichstage geleistet worden ist. Dr. Naumann vertrat mit einer Schärfe, die man beim deutschen Liberalismus schon nicht einmal mehr vermißt, den Gedanken der parlamentarischen Regierung. Mehr noch: Naumann nahm den alten Gedanken Friedrich Albert Langes auf und entwarf nicht ohne Kraft der Farbengebung ein Gemälde der konstitutionellen „Fabrikverfassung", proklamierte mit dankenswerter Entschiedenheit die Verwandlung des Industrie-Untertanen in den Industriebürger, als die Aufgabe, die eine wirkliche Sozialpolitik, wenn anders sie eine solche sein will, zu erfüllen hat. Soweit gut. Mit allem, was Naumann sagte, wenigstens soweit es die Sozialpolitik betrifft, kann man einverstanden sein. Die Schwäche seiner Rede lag in dem, was sie nicht enthielt. Naumann sucht die Schuld an der sozialpolitischen Stagnation ausschließlich bei der Regierung. Sie trägt gewiß ein gerüttelt und geschüttelt Maß an Schuld. Aber der Reichstag, den Naumann rein waschen will, ist er besser? Er steht ebensosehr unter dem Einfluß der herrschenden agrarisch-großindustriellen Aristokratie wie die Regierung. Die letzten Wahlen haben diesen unheilvollen Einfluß noch verstärkt. Und zu dem Hottentottenkartell, das dem jetzigen Reichstag ein noch reaktionäreres Gesicht gab, als seinen Vorgängern, gehören die Freisinnigen, gehört auch die freisinnige Vereinigung, gehört der nationalsoziale Herr Naumann. Und das Kartell dauert fort. Nach Herrn Naumann soll es freilich nur in „patriotischen" etwas militärisch-monarchistisch-clericalen Fragen in Kraft treten. In anderen, speziell sozialpolitischen Fragen, soll es durch eine Combination Gesamtlinks-Zentrum ersetzt werden. Wirklich, Herr Naumann? Ist die Vorrede spurlos an Ihrer Sprachbegabung vorbeigegangen? Warum denn in aller Welt haben Sie dem Wort den Sozialarbeitern gelegt, denen Preußen und das Trotz anderer Bundesstaaten das Koalitionsrecht verweigert?

Auf Naumann folgte Graf Polzbonski. Man hört ihn immer gern zu. Seine Reden im Völker-Parlament liest er noch immer vorzüglich. Aber nichts ist falscher als die den interessanten Redner verbreitete Auffassung, als ob Polzbonski ein nobler Staatsmann sei. Er ist nicht einmal ein Liberaler. Diesmal hob er selbst mit grober Gedankenlosigkeit seinen Reformerischmus hervor. Auch von Polzbonski ist Zentrumspolitik nichts anderes zu erwarten als Flickwerk. Selbst Flickwerk hat er nicht zuwegebracht. In der Verlängerung seiner Frage in die materielle Selbstverwaltung zu bringen.

Genosse Heck ist, was Herr Naumann vermißt hatte, er zeigte, daß die Stagnation der Sozialreform nicht einzelnen Personen, wie Trimborn und Schermann, sondern, wie auch gegen die Regierung, wie Naumann will, gerichtet ist, daß sie, daß sie der Reinstbleibenheit der konservativen Gesinnung entspringt. Heck der Kapitalismus bereitet, findet die Ergänzung [illegible] Tatsache. Er hat dem bürgerlichen [illegible] den Kampf ansagt, [illegible] zu erbittertem Zeitdokumentenstreit. Um Sonntag gab der interessante Debatte [illegible].

Bürgerliche Worte über einen Sozialdemokraten. Der idealste politische Kampf [illegible] als natürliche Begleiterscheinung eine bis [illegible] gehetzte Entwertung und Verhöhnung von Menschen [illegible] [illegible] die in unserer erweiten Zeit nur dann einen [illegible] [illegible] [illegible]

werden. Wie wir hören, soll die Frage, welches Breslauer Korps das feudalste ist, um den Prinzen als Mitglied begrüßen zu dürfen, zwischen den Borussen und den Lusaten bereits zu einer solchen Menge von Schlägermensuren geführt haben, daß die Verbandstoffe in den hiesigen Apotheken knapp geworden sind. Und wenn nun die ganze Geschichte sich jetzt als eine Taurennachricht entpuppte? Ausgeschlossen! Das wäre ja schauderös, höchst schauderös!

* **Als Gewerbegerichtsbeisitzer** sind die am 14. März „gewählten" Vertreter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine bisher noch nicht eingeführt worden. Der Magistrat wartet damit vernünftigerweise, bis der gegen die Giltigkeit ihrer Wahl eingelegte Protest durch den Beirksausschuß entschieden sein wird. Besonders schmeichelhaft ist das für die neuen Richter nicht.

* **„Eine Attacke gegen die konfessionelle Schule,"** so bezeichnet die „Schlesische Volkszeitung" die Nachricht, daß der Wahl- und Verfassungsausschuß unserer Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat, neben dem der Freien Vereinigung zugehörenden Stadtv. Weiß den liberalen Stadtv. Ollendorf in die Schuldeputation vorzuschlagen. Nach der Stellung, die Herr Ollendorf in der vorletzten Sitzung der Stadtverordneten der Schulfrage gegenüber eingenommen habe, bedeute das doch wohl nichts anderes, als eine Fortsetzung des Vorgehens gegen den Charakter der christlichen konfessionellen Schule zu Breslau, da die Linke doch zweifellos noch über eine Anzahl christlicher Mitglieder verfüge, welche sich zur Bekleidung eines Amtes in der städtischen Schuldeputation eignen. Im Interesse eines friedlichen Zusammenwirkens unserer Stadtväter zur Wohlfahrt der Kommune sollten derartige Provokationen besser unterlassen werden, meint die „Schles. Volkszeitung" weiter.

Die Anhänger der Konfessionsschule müssen doch recht wenig Zutrauen zu der Kraft ihrer Gründe haben, daß sie schon in dem Eintritt eines jüdischen Mitbürgers, der gar nicht einmal zu den besonders scharfen Feinden der Konfessionsschule zu gehören scheint, ein „Attentat auf die Konfessionsschule" wittern. Wir wollten nur wünschen, unsere Herren Freisinnigen wären wirklich so entschiedene Gegner der verpfafften Schule, für die sie die „Schles. Volksztg." hält. Vielleicht sähe es dann anders um unsere Volksschule aus und die Herren Klerikalen würden es nicht schon als eine Provokation bezeichnen, wenn man überhaupt anderer Meinung über die Schule ist als sie.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

An die Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter und Klempner. Immer schwerer wird der Kampf im Dachdeckergewerbe um die Anerkennung ihrer Organisation. Mit den verwerflichsten Mitteln operiert man, um diese zu zersplittern. Während hiesige ältere Kollegen arbeitslos sind, sucht man vom platten Lande junge Leute heranzuziehen, denen man einen weit unter dem Tarife stehenden Lohn bezahlt. Vor allem aber sucht man die Leute vom Verbande fernzuhalten. Leider gibt es noch immer Kollegen, die nur unter der alleinseligmachenden Meisterfahne ihr Heil zu finden glauben. Wir richten aus all diesen Gründen die Bitte an die oben genannten Berufe, auf allen Bauten, wo Dachdecker arbeiten, sich die Kontrollkarten vorzeigen zu lassen.

Die Lokalverwaltung der Dachdecker.

* **Zum Streik der Sandschiffer** ist zu berichten, daß nunmehr auch der größte Teil der Arbeitswilligen die Arbeit niedergelegt hat. Die Arbeiter anderer Kategorien, besonders die Schiffer, werden gebeten, den Kämpfenden Solidarität zu beweisen und ihnen nicht durch Uebernahme von Streikarbeit in den Rücken zu fallen.

* **Oeffentliche Friseurgehilfen-Versammlung** Freitag, den 12. April, Abends 9½ Uhr, findet im Glassalon des Pariser Gartens, Eingang Weidenstraße 25 und Taschenstraße 10/11, eine öffentliche Friseurgehilfen-Versammlung statt. Thema: „Lohnbewegung und Lohntarif". Referent: Kollege Frenzel. Jeder Friseurgehilfe ist hierzu eingeladen.

* **Achtung, Verband der deutschen Textilarbeiter!** Sonntag, den 14. April, Vormittags um 10 Uhr: Zahltag bei Herrn Wommert, Kurzegasse 27. Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht.

Der Vorstand.

* **Achtung, Innungsbäcker!** Zahlungen finden jetzt Sonntags nach dem 1. und 15. im Monat im Gewerkschaftshause statt.

Die Verwaltung.

* **Achtung, Klempner!** Sonnabend, den 13. April, Abends 8 Uhr: Branchen-Versammlung im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße 21.

Briefkasten.

A., Münsterberg. Sie müssen die Firma beim Gewerbegericht hier, Schuhbrücke 74a, auf Herausgabe der Zeugnisse verklagen.

M., Hirschberg. Ihre Schwiegermutter, die Invalidenrente erhält und jetzt 70 Jahre alt geworden ist, bekommt keinen Zuschlag, sie kann nur die Invalidenrente weiter beziehen. Irgend welche Anträge sind nicht zu stellen.

42. Quittung.

Für den Reichstagswahlfonds gingen ein:

Bereits quittiert	8732.24 Mk.
Liste 160, Distr. 4, durch Sedlaczek	3.70 „
„ 161, „ 4, „ Sedlaczek	2.05 „
„ 341 durch Gaffron	3.40 „
„ 105, Distr. 16, durch Hirsch	7.00 „
„ 276, „ 14, „ Fleischer	0.70 „
„ 96	7.70 „
Zusammen	8756.79 Mk.

Verloren gemeldet: Listen Nr. 203, 272, 79.

Die noch rückständigen Listen müssen behufs Abrechnung sofort eingeliefert werden.

Der Kassierer des Wahlkomitees.
Max Wiener.

13. Quittung.

Zum Gewerkschaftshausfonds gingen ein:

Bereits quittiert	6506.22 Mk.
Ueberschuß Stiftungsfest „Archimedes"	2.60 „
Markenmarkt durch Hermann Wittner	5.10 „
	20.— „
Gesammeltes Geld für gemachte Abonnenten, Bez. 5, von Sedlaczek	1.98 „
Gesammeltes Geld für gemachte Abonnenten, Bez. 5, von Langer	5.25 „
Verband der Maler, 2. Rate	80.— „
„ „ Bauhandwerker, 1. Rate	650.— „
„ „ Gastwirten und Kellner (Hat.) 1. Rate	100.— „
„ „ Metallarbeiter, 1. Rate	1000.— „
„ „ Lederarbeiter, 2. Rate	2000.— „
„ „ Steinträgern und Steinbrechern, 2. Rate	50.— „
„ „ Brauereiarbeiter, 2. Rate	500.— „
Zus.	10,[illegible] Mk.

Neueste Nachrichten.

Die Beerdigung des Genossen Auer

findet, wie ein Telegramm des Parteivorstands uns mitteilt, am Sonntag Mittag um 1 Uhr in Berlin statt. Das Proletariat Berlins und Deutschlands wird dem Verstorbenen eine Totenfeier bereiten, die seiner Werke würdig ist.

Freisinniger Antrag.

Berlin, 12. April. Die drei freisinnigen Gruppen des Reichstages haben zur zweiten Lesung des Etats des Reichsamtes des Innern folgende Resolution eingebracht:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt und insbesondere

I. den § 152 der Gewerbeordnung dahin ändert, a) daß derselbe nicht nur auf Erlangung besserer, sondern auf Erhaltung bestehender Arbeits- und Lohnverhältnisse Anwendung findet, b) daß sich die entsprechenden Verabredungen und Vereinigungen nicht nur auf die individuellen Interessen der sich Verabredenden oder Vereinigenden, sondern auch auf die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen, sowie auf Veränderungen der Gesetzgebung richten dürfen;

II. den § 153 der Gewerbeordnung dahin erweitert, daß zugleich mit dem Mißbrauch des Koalitionsrechtes auch die rechtswidrige Verhinderung am gesetzmäßigen Gebrauch unter Strafe gestellt wird."

Der Polizeistaat Rußland.

Petersburg, 12. April. Der deutsche Reichsangehörige Alexander Ilter, der in russischen Fabriken Geld für revolutionäre Zwecke sammelte, wurde aus Rußland ausgewiesen.

Purischkewitsch richtete 97 Telegramme an die Vorsitzenden der russischen Verbände in den Provinzen, in denen er sie auffordert, unverzüglich seinem Rundschreiben nachzukommen, das ein Gesuch an den Zaren um Auflösung der Duma vorschreibt.

Die Berliner Bauarbeiter-Bewegung.

Berlin, 12. April. Die gestrige außerordentliche Generalversammlung der Zimmerer Berlins und Umgegend betonte die Forderung des Achtstundentages. Da die Arbeitgeber sich hierzu nicht verstehen wollen, so erscheint der Streik unvermeidlich, umsomehr, als die Versammlung beschloß, an der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit festzuhalten. Heute findet die Generalabstimmung in 30 Bezirksverbänden statt.

Die Aussperrung an der Unterweser unterbleibt.

Bremen, 11. April. Die Schmiede der Atlas-Gesellschaft „Weser" haben heute Vormittag beschlossen, den Streik zu beenden. Der Betrieb wird voraussichtlich am nächsten Montag wieder aufgenommen.

Essen, 12. April. Der Streik der Anstreicher in der Rheinprovinz und Westfalen nimmt nach Meldungen von dort einen immer größeren Umfang an. In Essen haben gestern beide Organisationen den Generalstreik beschlossen. In Aachen, Duisburg, Düsseldorf und Crefeld dauern die Arbeitseinstellungen fort.

Trier, 12. April. Nachdem im Völklinger Sittlichkeitsprozeß fünf Mädchen wegen Vergehens gegen § 218 des Str. G.-B. zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren und gegen zwanzig Mädchen das Verfahren noch schwebt, verurteilte die Strafkammer den Bäcker Oberhauser aus Völklingen wegen wissentlicher Beihilfe zu fünf Jahren Zuchthaus.

Glasgow, 12. April. Im Handelsviertel brach infolge einer Explosion ein großes Feuer aus, wobei mehrere Häuser völlig zerstört wurden. Der angerichtete Schaden ist bedeutend.

Genf, 12. April. Auch hier treten die Pocken auf. Gestern wurden zwei Fälle mit tödlichem Ausgang konstatiert.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

11. u. 12. April:	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 5,4	+ 3,8	+ 2,2
Luftdruck bei 0° (mm)	747,0	747,4	747,6
Dunstdruck (mm)	3,5	3,6	4,6
Dunstsättigung (pCt.)	52	58	85
Wind (0—12)	SO 2	O 3	O 2
Wetter	bedeckt	bewölkt	bedeckt

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Freitag, den 12. April.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Extr.		Wetter
	Temp.	Wind	Ndschl.	Max.	Min.	
Rosenthal b. Br.	3	NO 2	0	6	1	bedeckt
Beuthen OS.	2	O 2	0	6	1	bedeckt
Habelschwerdt	1	NO 1	0	7	0	bedeckt
Bresl. Sternw.	0	N 1	0	5	—1	heiter
Görlitz	2	O 1	0	6	1	heiter
Grünberg	2	O 2	0	7	1	wolkig
Ostrowo	2	O 1	0	6	2	bedeckt

Quittung.

Zum Parteifonds gingen ein: Geburtstagsfeier Werkmeister Kw. M. 6.50 Mk.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. I. Schmied Hermann Wandel, kath., Märkischestr. 80, und Emma Birke, ev., Friedrich-Wilhelmstr. 107. — Former Arthur Reiber, ev., Anderssenstr. 5, und Klara Biel, kath., Anderssenstr. 11. — Arbeiter Paul Rabiahl, ev., Leuthenstr. 44, und Helene Lembitz, ev., Leuthenstr. 44. — Friseur Friedrich Steiner, kath., Märkischestr. 80, und Anna Heider, ev., Berghstraße 4. — Arbeiter Albert Korneck, kath., Kurzegasse 33, und Martha Bischof, kath., Anderssenstr. 15. — Bäcker Wilhelm Trompka, ev., Quintzmühlenstr. 21, und Bertha Gerstmann, ev., Ottostr. Nr. 100. — Mäder Wilhelm Gendrich, ev., Weidendamm 7, und Marie Simon, ev., Altestr. 33. — Zahlmeister Ernst Obst, kath., Katharinenstr. 6, und Anna Wenzel, kath., Neumarkt 39. — Schneider Johann Bahut, kath., Oderstr. 17, und Gertrud Reiber, kath., Wäschergasse 2. — Konditor August Wirsicher, ev., Pirscheingasse 38, und Adelheid Launer, kath., Erbsengrabenstr. 54. — Maschinist Karl Dennig, ev., Hildebrandstr. 4, und Martha Berger, ev., Hildebrandstr. 4. — Arbeiter Paul Radomski, kath., Borsigstr. 12, und Pauline Kinner, ev., Poirnestr. 10. — Arbeiter Karl Schinz, ev., Berliner Chaussee 43, und Martha Berger, ev., Böhmestr. 40.

Geburten. Former Hermann Barth, ev., T. — Dampfdachfabrikant Ernst Glaser, ev., T. — Bäcker Robert Gallasch, ev., S. — Mechaniker Jakob Friedmann, jüd., T. — Ofensetzer Gustav Gemsky, kath., S. — Arbeiter Josef Schoppula, kath., S. und T. — Schlosser Richard Drube, ev., T. — Werkzeugmacher August Kittel, kath., T. — Hausdiener Josef Wichan, kath., T. — Tapezierer Bernhard Zachlick, kath., T. — Arbeiter Richard Lamprecht, ev., S. — Hausdiener Traugott Kuhr, ev., T. — Klempner Max Wagner, kath., S. — Fleischer Paul König, ev., T. — Kaufmann [illegible], kath., S. — Arbeiter Johann Kaspa, kath., S. — Eisenbahnschaffner Edmund Grete, kath., S. — [illegible] man, kath., T. — Bahnarbeiter August [illegible], kath., T. — Bahnarbeiter Franz Kottwitz, kath., T. — Arbeiter [illegible], kath., S. — Drehbändler Adolf Häusler, ev., T. — Maler Theodor Jörgler, kath., T. — Arbeiter Bruno Scholz, kath., S. — Bankbeamter Josef Rotkegel, kath., T. — Friseur Bruno Kuhner, kath., S. — Bäcker Alfred Klar, kath., S. — Bäcker Fritz Hänsch, ev., T. — Schmiedemeister Gustav Launer, ev., S. — Haushälter Adolf Haase, ev., S. — Schmied Ernst Schindler, ev., T. — Musikdirigent Viktor Blalla, ev., S. — Hautb. August Klingberg, ev., T. — Kaufm. Richard Breslau, jüd., S. — Arbeiter Theodor Jerneitzig, kath., S. — Kernmacher Max Kliesch, ev., T. — Kaufmann Eduard Holst, ev., S. — Zimmermann Hermann Lehmann, ev., S. — Müller Wilhelm Scholz, kath., S. — Böttchermeister Fritz Grosser, kath., T. — Restaurateur Franz Stanik, kath., S. — Arbeiter Otto Seidel, ev., T. — Schlosser Wilhelm Grundmann, ev., S. — Graveur Alfred Kleinmaier, kath., T. — Kutscher Karl Gonsch, ev., T. — Arbeiter Otto Hoffmann, ev., T. — Arbeiter Hermann Schirdewahn, ev., T.

* * *

Heirats-Ankündigungen. II. Arbeiter Albert Szubinski, kath., Mollwitzerstr. 9, und Martha Hümer, kath., hier. — Korkschneider Max Köbler, ev., Zobtenstr. 20, und Bertha Rasch, ev., hier. — Eisenbahnheizer Paul Schürmann, ev., Neue Tauentzienstraße 23, und Auguste Pietsch, ev., hier. — Arbeiter Heinrich Thiel, ev., Marthastr. 15, und Anna Kutzera, kath., hier. — Restaurateur Arthur Kämmler, ev., Neudorfstr. 42a, und Elsbet Hamscher, ev., hier. — Bahnarbeiter Rudolf Giese, ev., Hubenstr. 54, und Anna Schwarzer, kath., Augustastr. 84. — Müller Richard Tietze, ev., Klosterstr. 122, und Else Mülich, ev., Klosterstr. 126. — Bahnarbeiter Karl Rittmeister, kath., Lohestr. 3, und Elise Dukiewitz, kath., hier. — Geschäftsreisender Siegmund Blaschke, jüd., Feldstr. 11, und Margarete Ledermann, jüd., Tauentzienstr. 28. — Dachdecker Hermann Reim, ev., Zimmerstr. 6a, und Bertha Grenzer, kath., Körnerstraße 6/8. — Postschaffner Franz Wieczorek, kath., Bohrauerstr. 49, und Martha Rösner, kath., Ellguth, Kr. Grottkau. — Schneider Josef Plostica, kath., Nachodstr. 21, und Emma Glier, kath., hier. — Kaufmann Ernst Grädler, ev., Friedrichstr. 13, und Emma Langer, ev., Friedland, Kr. Waldenburg. — Buchhalter Alfred Otto, kath., Humboldtstr. 12, und Gertrud Plüschke, kath., Sadowastr. 7. — Motorwagenführer Wilhelm Karsunke, ev., Lohestr. 55, und Auguste Hannig, ev., Augustastr. 123.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.
Im Partei-Sekretariat,
Neue Graupenstraße 5, Vorderhaus 2. Etage, Telephon-Nr. 3141 werden jederzeit Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmescheine sowie Bestellzettel auf die „Volkswacht" zu haben.

Rechtsauskünfte können im Partei-Sekretariat nicht erteilt werden.

Die Bibliotheksstunden des sozialdemokratischen Vereins finden jeden Montag von **7—9 Uhr** statt. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

Sonnabend, den 13. April:

Handschuhmacher. Abends 8½ Uhr: Wichtige Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.

Sonntag, den 14. April:

Müller. Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Arbeitersekretärs Peterhansel. Zimmer 2.

Steinarbeiter-Verband. Kassentag Vormittags 10 bis 12 Uhr im Zimmer 7.

Montag, den 15. April:

Arbeiter-Sänger-Bund (Ortsgruppe Breslau). Abends 8 Uhr: Sechswöchentliche Probe im großen Saale.

Donnerstag, den 18. April:

Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Vortrag. Zimmer 3 und 4.

Sonnabend, den 20. April:

Tapezierer-Krankenkasse (Hamburg). Zahl- und Aufnahmeabend. Parterre links.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 14 (Ohlauer Tor).

Sonntag, den 14. April, Vormittags 9 Uhr: Zusammenkunft aller Mitglieder. Wahl eines Bezirksführers und Mitglieder-Agitation.

Distrikt 15 (Ohlauer Tor).

Sonntag, den 14. April, Vormittags 8 Uhr: Zusammenkunft im Gewerkschaftshause. Mitglieder-Agitation.

Distrikt 16 (Strehlener Tor).

Montag, den 15. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft aller Mitglieder bei Krebs, Hubenstr. 111.

Distrikt 16a (Bohrauer Tor).

Sonntag, den 14. April, Vormittags 9 Uhr: Zusammenkunft. Mitglieder-Agitation vom Distriktslokal, Bohrauerstraße.

Land-Distrikt 2.

Bezirk Klein-Gandau und Schmiedefeld. Sonnabend, den 13. April: Zusammenkunft und Zahlabend im bekannten Lokale zu Klein-Gandau.

Land-Distrikt 5 (früher 4).

Bezirk Gräbischen. Sonntag, den 14. April, Vormittags 10 Uhr: Zahltag bei Kupprich.

Land-Distrikt 8 (früher 6).

Bezirk 1 (Türrgoy). Sonntag, den 14. April, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft bei Munel.

Ohlau. Diskutier-Abend. Sonnabend, den 13. April, Abends 8 Uhr im Gasthof zur Stadt Oels. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Brieg. Maurer-Versammlung. Sonntag, d. 14. April, Vormittags 9 Uhr bei Daicker. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet dringend

Die Orts-Verwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Dieß. — Redaktion und Expedition: Breslau, Graupenstraße 5 b. — Verlag von Cäsar Saltz. — Druck von Th. Gerlach & m. b. H. — Sämtlich in Breslau.
Hierzu 1 Beilage.

Volksvorstellung 19067
(Thalia-Theater).
XI. Vorstellung.
Sonntag, den 14. April 1907
Nachmittags 3½ Uhr:
Flachsmann als Erzieher
von Otto Ernst.
Vorhanden sind nur noch 1. Rang 70 Pf.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht, sowie bei den Kolporteuren.

Stadt-Theater.

Freitag, zum 1. Male:
„Shamus O'Brien".
Sonnabend, Anfang 7 Uhr:
„Der Ring des Nibelungen".
Dritter Tag.
„Götterdämmerung".
Sonntag, nachmittag 3½ Uhr:
„Der Freischütz".
Abends 7½ Uhr:
„Der Postillon von Lonjumeau".
„Cavalleria rusticana".

Lobe-Theater.

Freitag:
„Die lustige Witwe".
Sonnabend, zum 1. Male:
„Die Hochzeitsfackel".
Sonntag, nachmittags 3½ Uhr:
„Die Geisha".
Abends 7½ Uhr: zum 2. Male:
„Die Hochzeitsfackel".

Thalia-Theater.

Freitag: Humboldt-Verein.
Volks-Vorstellung:
„Frauenkampf".
„In Zivil".
Sonntag abends 7½ Uhr:
„Frühlingsluft".
Billet-Verkauf Freitag u. Sonnabend 10—2 Uhr im Thalia-Theater.

Schauspielhaus

Freitag, 8 Uhr:
„Puffert".
Sonnabend, 8 Uhr, Premiere:
„Die Strecke".
Sonntag nachmittags 3½ Uhr:
„Der Goldfisch".
Abends 7½ Uhr:
„Die Strecke".
Morgen:
„Ein angebrochener Abend".

Liebich's Etabl.
Vollständig neues Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater

(Simmenauer Garten).
Gänzlich neues Programm!
12 Attraktionen.
Anfang 7½ Uhr.
Bons Wochentags gültig.

Gut. bill. Möbel! ganze Stubeneinrichtungen zu 30, 50, 70 Mark zu verkaufen. Friedrichstraße 66 am Taubenplatz. 1782

Neue gebr. Betten, Federbetten, Kinderwagen, Hobelbänke, Werkzeuge. 1783
Wohlau, Gartenstraße 38.

Reine goldene Trauringe,
12, 15, 24, 36, 40 Mk.
Alfred Herzog,
Juwelier
Ohlauerstraße 8.

J. Schneider

Gräbschenerstraße 47
Spezialgeschäft für

Herren-, Damen- und Kinderschuhen
Strandschuhen
zu billigsten Preisen.

Möbel Spiegel. Polsterwaren
in großer Auswahl von billig bis feinster Ausführung
Kein Abzahlungsgeschäft
sondern eine reelle Bedienung
Preise extra billig.

Bettstellen	300 Mk.
Kommode	35 „
Vertikow mit Marmorplatte	60 „
Spiegel	30 „
Kommode	45 „
Garderoben von Kiefernholz und Tischlerarbeit	15 „
Tische in jeder Art	18 „
Garderoben mit Spiegel	18 „
Nachtschränkchen mit Marmor	4 „

Fauteuils, Sofas, Divans und alles was zur Polsterbranche gehört.
F. Pauer, Sandstr. 5.

Hirschberg.

Allen Parteigenossen, Freunden und Kollegen bei unserer Abreise nach Stuttgart bei Bremen 1781
ein herzliches Lebtwohl!
Oswald Pfennig und Frau.

Strehlen.

Sonntag, den 14. April:
Familien-Abend
für die Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins. 1761
Beginn: Nachmittags 5 Uhr, im Gasthaus des Herrn J. Kerden.
Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Altwasser.

„Goldener Stern" 1762
Sonntag, den 14. d. Mts.:
Kaffeekränzchen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Hermsdorf. 1760
Sonntag, den 14. April, abends 7 Uhr im Gasthof zu „Glückhilf"
Vereins-Vergnügen.
wozu alle Bundesmitglieder höflichst eingeladen sind. Der Vorstand.

Alle Arten **neue Uhren** 1754
sämtliche Reparaturen
billigste Teilzahlung.
G. Hense, Uhrmacher
Altwasser, nicht Leibers Hotel.

Leichte und schwere Fuhren
zum Fahren zu haben.
Im geringsten Fahrrad kann 1741
Robert Pohl
Sandberg No. 67 b. I Freiwal.

Schweinefleisch,
[illegible] das Pfd. 80 Pf., ein 5 Pfd. Brief 2.50 Mk. bei
Barke, Schmiedebrück. 1746
10 Minuten vom „Neuen Heller" rechts der Bahnhof Bernstadt am Sandberg Chaus.

Möbel,

Polsterwaren
sah. Ihr. Herren heute noch auch auf Einkauf, eing., gut gearbeitete
Diwan
[illegible] Mk. 45, Chaiselongue 40, Matratzen nur Wäsche à 1 Mark.
Waterloostraße 28.

Echter
Breslauer Korn
Liter 90 Pf. bei 2 Mark
Preisliste gratis
Paul Glatzel
Korn-Brennerei
Breslau X
Rosenthalstraße 13 und Franz. Allee 65.

Möbel,

Braut-Ausstattungen
in einzelnen Stücken in neuer geschmackvoller Arbeit empfiehlt
Anton Gorski
Malergasse 20.

Billige Preise für Herren und Knaben.
Herrenhüte, Mützen, Strohhüte für Herren und Knaben.
Herm. Barth
Schuhbrückstraße 12
Stockstraße 2.

Nur noch kurze Zeit

dauert der aufsehenerregende
Total-Ausverkauf
in Herren- und Knaben-Garderoben
zu staunend billigen Preisen.
Also auf in die [1772
Fabrik-Niederlage für Herren- und Knaben-Bekleidung
Neue Graupenstraße 5/6, im Hause der „Volkswacht".

Jul. Dressler & Co.

Breslau, Ring Nr. 6
liefern stets die besten deutschen
Nähmaschinen in allen Systemen
auch Spezialmaschinen
ganz besonders die
Original „Phönix"
für häusliche und gewerbliche Zwecke.
1743

Ausstattungs-Möbel

in Nußbaum, Kirschbaum u. Imitation, in eigener Werkstatt gefertigte Sofas in Stoff und Plüsch, Bettstellen mit guten Matratzen, Spiegel in allen Größen, sowie alle Arten Küchenmöbel, große Auswahl und dauerhafte Arbeit zu billigsten Preisen bei 1258
H. Hoffmann, Friedrich-Wilhelmstraße 66 66.

Zu staunend billigen Preisen
kauft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk, bei denkbar größter Auswahl in 606
Kinder-, Strand- u. Zeugschuhen, sowie Holz- u. andere Pantoffeln
zu Preisen reellster Preise nur bei
Robert Kretschmer, Schuhmachermstr.
Friedrich-Wilhelmstraße 52, gegenüber der Friedrich-Karlstr.

Traugott Friedrich
Friedrich-Wilhelmstr. 85.
Stets alle Schulbücher und Schreibmaterialien
Papier- u. Schreibwaren-Handlung
in empfehlende Erinnerung.
Spielwaren u. Spielzeuge. Feiner Zeichenbedarf.
Friedrich-Wilhelmstr. 85.

Bettfedern und fertige Betten.

Neuheit! 1731
Eig.-Anfertigung.
Preisliste gratis und franko.
Julius Immerzück
Breit. Straße 16/17.

Das älteste, bekannteste gleichfalls
Hut-Geschäft [illegible]
Hut-Hanke
Inhaber Jak. Tessmer
Friedrich-Wilhelmstr. 22.

Hüte, nur gute, reelle Qualitäten, für Herren und Knaben.
Mützen, Stöcke, Schirme
zu billigen Preisen.
Hochfeine Hutfl. Hut-Reparatur.

OPERA
Feine Musik.

Speise- u. Bierrestaurant [illegible]
Otto Jaenisch, vorm. Gerstlin Nr. 1.
Friedrichstraße 9.

Strohhüte
für Damen, Herren und Kinder
billigst **direkt**
in der Fabrik
Neue Graupenstraße 10, Eck.
Freund & Berlin.
Einrichtung werden entgegengenommen.

Das beste Rad der Gegenwart.
Teilzahlung.

Bürger-Kaffee

90 Pfge. per Pfund.
Ein rein und angenehm schmeckender Kaffee.
Teichmanns Kaffee-Geschäft
Schweidnitzerstrasse 9, Ecke Karlsstr.
15 Geschäfte in allen Stadtteilen. 1871

Zur jetziger Saison empfehle ich mein großes Lager von
Schuhwaren
in 478
Herren-, Damen- und Kinderstiefeln
zu staunend billigen Preisen.

Martha Christmann,
36. Scheitnigerstr. 36.
Bitte genaue auf Firma zu achten.

Maurer! Zimmerleute! Arbeiter!
Empfehle vorzügliche Arbeitersachen sowie Lederhosen, Westen, Männerblusen.
Spezialität: Lederhosen „Hamburger's Halbe", schwarz, braun und weiß.
Schlitzhose 5.25 Mk., mit Satz 6.00 Mk.
Schwarze Sammetwesten mit Perlmutterknöpfen, zweireihig, 4.00 Mk.
Ferner: Für Schlosser und Monteure echt blaue Blusen und Hosen in Cheper und Haustuch. 1251
„Konfektionshaus" Eugen Hamburger
Bohrauerstraße 25, Nachodstraße.
Versandt nach Auswärts franko gegen Nachnahme, und ist Schrittlänge und Leibweite anzugeben.

Ziehung schon 16—18. dieses Monats.
Zeppeliner Geld-Lotterie.
Hauptgewinne: 60 000, 50 000, 40 000, 30 000, 20 000, 10 000 Mark bar Geld. 1734
Lose à 3 Mark. Porto und Liste 30 Pfg. extra, empfiehlt und versendet
B. Klement, Breslau I, Ring 22, gegenüber vom Schweidnitzer Keller.

Palast-Stiefel

tragen, heisst Geld sparen.
Warum?
Reinen besten Qualitäten, weitgehendste Haltbarkeit garantiert.
Neueste Formen! In allen Farben!
Für jeden Stand! Für jeden Beruf!
In den Preislagen:
6.50, 7.50, 9.50, 10.50, 11.50 Mark.
Schuh-Palast
Breslau I
Nur Ohlauerstr. 14. 1764

Anderer Unternehmungen wegen löse ich mein **Putzgeschäft** vollständig auf und stelle mein gesamtes Lager in
Damen- und Mädchen-Hüten
Trauer-Hüten, Knaben-Hüten, Baby-Hütchen,
sowie sämtlicher Putzartikel zum 1778
Ausverkauf.
Preise sind bedeutend herabgesetzt.
Die Neuheiten dieser Saison sind in grösster Auswahl auf Lager.
Fehlende Waren werden ergänzt.
Siegmund Zweig
55, Reusche-Strasse 55.
Das Geschäft mit Ladeneinrichtung ist event. im Ganzen zu verkaufen.

Beilage zu Nr. 86 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 13. April 1907.

Deutscher Reichstag.

26. Sitzung. Donnerstag, den 11. April 1907, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Die sozialpolitische Debatte beim Etat des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Raab (Wirtschaftliche Vereinigung):

Am Stillstand der Sozialreform trägt auch der Reichstag insofern Schuld, als seine Parteien häufig zu viel auf einmal verlangt haben. — Redner zählt eine Reihe sozialpolitischer Forderungen auf, für die seine Gruppe eintrete, darunter Arbeitskammern, Maximalarbeitstag, Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und einen Arbeitgeberparagraphen zum Schutze der weiblichen Angestellten gegen Nachstellungen der Chefs. Redner verbreitet sich dann über die Vorgänge im Hamburger Hafen. Es ist dringend notwendig, daß die Gesetzgebung zu Gunsten der maßlos ausgebeuteten Seeleute einspringt. (Sehr richtig! b. d. Wirtsch. Vgg. und den Soz.) Die englischen Streikbrecher sind wahrlich kein staatserhaltendes Element. Die Reeder treten auch den Organisationsbestrebungen der Kapitäne und der Schiffsoffiziere brutal entgegen. — Die Konsumvereine haben gar keinen Wert in wirtschaftlicher Beziehung, werden aber von den Sozialdemokraten zu politischen Parteizwecken ausgeschlachtet. Daher muß man ihnen mindestens scharf auf die Finger sehen und ihnen das Dividendenzahlen und jede politische Betätigung untersagen. Auch der Kampf gegen die Konsumvereine gehört zu den Aufgaben der Sozialpolitik. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Mugdan (freisinnige Volkspartei):

Ein freies Koalitions- und Versammlungsrecht ist die Vorbedingung einer gedeihlichen Sozialreform. Dem Mißbrauch des Koalitionsrechts seitens der Arbeitgeber muß gesteuert werden. Es ist bezeichnend für die Macht der Arbeitgeber, daß an die Stelle der Streiks mehr und mehr die wirtschaftlich viel bedenklichere Aussperrung tritt. Als Abhilfemittel empfiehlt sich die Verallgemeinerung der Tarifverträge. Der vorige Reichstag war sozialpolitisch tatenlos; aber das Zentrum, das in jenem Reichstage die Führung hatte, darf sich nicht darüber beklagen. Das Zentrum ist schuld daran, daß wir noch kein Reichsberggesetz haben. (Widerspruch im Zentr., Sehr richtig! links.) Nicht das Zentrum, sondern Herr v. Stumm hat zuerst die Einführung einer Witwen- und Waisenversicherung verlangt. Von Mittelstandsfeindschaft sind wir so weit entfernt, daß wir vielmehr dem Mittelstand den Wettbewerb mit dem Großbetrieb ermöglichen wollen. (Beifall b. d. Freis.)

Abg. Dr. Naumann (Freis. Vgg.):

Herr Trimborn wie Herr Bassermann haben die politische Unfruchtbarkeit der letzten Jahre beklagt. Gewiß ist der positive sozialpolitische Ertrag dieser Jahre überaus klein. Mit aller Schärfe muß die Tatsache hervorgehoben werden, daß es im vergangenen Reichstag eine sozialpolitische Mehrheit gab, und daß es in diesem Reichstag eine sozialpolitische Mehrheit gibt, die ebenso geschlossen ist, wie die nationale Mehrheit auf patriotischen und anderen Gebieten. Für ein freiheitliches Reichsvereinsgesetz, ein Berufsgesetz ohne Polizeicharakter, gesetzliche Sicherung des Koalitionsrechts, den Zehnstundentag für weibliche Arbeiter und ein Pensionsgesetz für Privatbeamte wäre unter allen Umständen eine Majorität vorhanden und wahrscheinlich würde sich auch auf dem Gebiet der Heimarbeit und der Wohnungsfrage dieselbe Mehrheit zusammenfinden. (Lebh. Sehr richtig! links und im Zentr.) Nicht der Reichstag ist schuld daran, daß es keinen festen sozialpolitischen Kurs gibt, sondern der andere Faktor der Gesetzgebung, der Bundesrat. (Lebh. Sehr richtig!) Wenn Herr Trimborn sagt, daß der Staatssekretär des Innern daran unschuldig sei, so gebe ich ihm gern Recht. Aber das ist eine interne Angelegenheit innerhalb der Reichsregierung. Die Tatsache bleibt bestehen, daß der Reichstag eine sozialpolitische Mehrheit hat, und daß der Bundesrat nicht die Neigung hat, auf die sozialpolitischen Forderungen dieser Mehrheit einzugehen. Kein persönlicher Vorzug des Staatssekretärs kann Entschädigung sein für den unbeachteten Majoritätswillen des Parlaments. Nichts kann besser die Schwäche des deutschen Parlamentarismus illustrieren, als die Tatsache, daß die sozialpolitische Majorität Jahr für Jahr vergeblich bittet vor derselben Bundesratstür. (Sehr wahr! im Zentr. und links.) Der Bundesrat kann von einem gewesenen an einen künftigen Reichstag appellieren; nicht aber kann der Reichstag von diesem an einen anderen Bundesrat appellieren. (Heiterkeit.) Zur Erklärung der ablehnenden Haltung des Bundesrats wird gesagt: die Kräfte reichen nicht. Wird so etwas auch bei Flottenfragen gesprochen? Da heißt es einfach: die notwendigen Werften müssen gebaut werden. (Beif. Sehr gut!) — Unter den Forderungen, die die Majorität erhebt, finden sich solche, die kinderleicht sind, die keiner Vorarbeit bedürfen. Da ist z. B. das Reichsvereinsgesetz. Man übernehme ruhig das württembergische Gesetz; es ist fix und fertig und die Majorität dafür ist es auch. (Sehr wahr! links und im Zentrum.) Für das Koalitionsrecht der Arbeiter liegen treffliche und ziemlich ausgearbeitete Entwürfe verschiedener Parteien vor. Freiheitliche Gesetze sind eben viel leichter zu schaffen, als Zwangs- und Ausnahme-Gesetze. — Die Frage der Arbeitsverfassung wurde gestreift bei der Zuchthausvorlage, bei der Frage der Arbeiterausschüsse in den Bergwerken und bei der Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Konsumvereine. Alle drei Vorlagen entsprangen dem Mißtrauen gegen die organisierte Arbeiterschaft. Die organisierte Arbeiterschaft hat sich durchgesetzt in kleinen und mittleren Betrieben — denken wir an die Tarifgemeinschaften — aber gerade da, wo die modernste Form der Technik herrscht, in Bergwerken, Stahlwerken, Werften, Webereien, Spinnereien (Zuruf links: Auch in Staatsbetrieben!) ist die Freiheit am geringsten. In jenen Riesenbetrieben ist von dem alten liberalen Prinzip, daß der Einzelne seine Arbeitskraft verkaufe, nicht mehr die Rede. In den Riesenbetrieben gibt es entweder einen Kollektivvertrag oder überhaupt keinen. (Sehr richtig! links und im Zentr.) Hier hat das Problem der Arbeiterorganisierung einzusetzen. Eine Arbeits- oder Arbeiterkammer ohne gewerkschaftliche Organisation als Unterbau ist wertlos. (Sehr richtig! links.) Von unten herauf ist zu organisieren, um zum Industrieparlamentarismus, zur Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten bei der Leitung der Industrie, zu gelangen. Um dieses Problem wird man so wenig herumkommen, wie man vor 100 Jahren um das Problem der Bauernbefreiung herumgekommen ist. Für die Industrie heißt es: aus den Industrieuntertanen Industriebürger zu machen. Wir sehen, daß in der Welt die Staaten am gesichertsten dastehen, in die liberale Gesinnungen am tiefsten eingedrungen sind; am schwankendsten sind diejenigen, in denen freiheitliche Regungen mit Gewalt unterdrückt werden. — Der Staat bedarf der Unterstützung der breiten Volksmassen, schon um den unausbleiblichen Kampf mit der Syndikatsmacht zu bestehen. Was einstmals in den 90er Jahren unser soeben seiner langjährigen Tätigkeit entrissener Kollege Auer voraussagte, ist Wirklichkeit geworden: Die Syndikatsmacht droht die Staatsmacht zu überflügeln. Die Syndikate können leichter Millionen aufbringen, als der Staat, und da sie besser zahlen als der Staat, wissen sie diesem seine besten Beamtenkräfte zu entziehen. So ist es im Staatsinteresse geboten, die Kräfte zu stärken, die imstande sind, die zentralisierte Herrschaft jener großindustriellen Minderheit in gemessenen Grenzen zu halten. Aber an der entscheidenden Stelle scheint man den Uebergang vom Industrieuntertanen zum Industriebürger nicht fördern, sondern herausschieben zu wollen. Noch einmal: im Reichstage ist eine sozialpolitische Majorität vorhanden; was nicht vorhanden ist, ist die Mitwirkung des Bundesrats. (Beifall links, im Zentrum und bei der wirtschaftlichen Vereinigung.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Wir alle sind den philosophischen Ausführungen des Herrn Vorredners mit dem größten Interesse gefolgt. Leider nehmen sich in der Praxis des Lebens die Dinge nüchterner aus. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Nach den Ausführungen des Vorredners könnte man meinen, daß Deutschland hinter anderen Ländern zurückstünde. Dem ist nicht so. Im republikanischen Frankreich sind mehrere Ministerien über die Frage der Einkommensteuer gestürzt, während die meisten deutschen Staaten eine Einkommensteuer, und zwar eine progressive Einkommensteuer besitzen. In England geht man jetzt daran, das zu machen, was Preußen vor hundert Jahren getan hat, nämlich aus Staatsmitteln kleine Bauern anzusiedeln, und ein früherer liberaler Ministerpräsident, Lord Rosebery, nennt diese Maßnahme revolutionär und umsturzlerisch. (Hört, hört! rechts.) So schneidet denn noch immer Deutschland verhältnismäßig günstig ab. Meine Sozialpolitik ist von den verschiedensten Seiten scharf angegriffen worden. Natürlich. Der Schutz der Schwachen fordert immer gewisse Eingriffe in die Sphäre des Einzelnen, die mehr oder minder den Charakter der Bevormundung tragen. Wären die Menschen so edel, wie es die Sozialdemokratie für den Zukunftsstaat voraussetzt, brauchten wir überhaupt keine bevormundende Gesetzgebung mehr. Dann würde alles, wie in der ersten christlichen Zeit, aus reiner Nächstenliebe geschehen. Aber lesen Sie die Berichte der Gewerbeinspektoren, und Sie werden finden, wie weit wir noch von diesem Zustand entfernt sind. Eine kräftige Staatsmacht muß da sein, um die Gesetze durchzuführen und Ruhe und Ordnung im Lande zu erhalten. Es wird jetzt vielfach über das sozialpolitische Tempo geklagt. Das kommt daher, daß die Bevölkerung durch die enorme sozialpolitischen Debatten nervös wird und die ihr auferlegten Opfer unendlich überschätzt. In der Tat sind der Bevölkerung seit 1888 keine neuen sozialpolitischen Lasten auferlegt. Ich möchte hier ein Bild von dem geben, was meines Erachtens im Laufe des oder der nächsten Jahre geschehen soll. Rückständig aus der vorigen Session sind die Maß- und Gewichtsordnung; das Gesetz über die freien Hilfskassen und das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz, das allerdings ein wichtiges sozialpolitisches Gesetz ist. (Lachen links, Sehr wahr! rechts.) In der nächsten Session wird das Gesetz über die Herstellung von Zigarren in der Heimindustrie vorgelegt werden. Die verwickelten Verhältnisse in der Heimindustrie gestatten nicht eine allgemeine Regelung, sondern nötigen uns, mit Spezialgesetzen schrittweise vorzugehen. Fertiggestellt ist das Gesetz über den kleinen Befähigungsnachweis (Bravo! rechts.), sowie das Gesetz über die Unterdrückung der Viehseuche. Ferner arbeite ich an einem Gesetze über die Vereins- und Versammlungsfreiheit, das der Reichskanzler bereits angekündigt hat. Das Berufsvereinsgesetz enthielt weitgehende Konzessionen an die Wünsche dieses Hauses, ich bin aber überzeugt, daß es zustande gekommen wäre, wenn der Reichstag nicht aufgelöst worden wäre. Wie die Sache jetzt steht, empfiehlt es sich, zunächst das Vereins- und Versammlungsrecht zu regeln. Es wird dann eine Kleinigkeit sein, mit einigen Paragraphen die privatrechtliche Stellung der Berufsvereine festzustellen. In Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht sind wir vielleicht etwas zu engherzig. (Sehr wahr! links.) Wir leiden da noch an einer Erbschaft des alten Polizeistaates. (Sehr wahr! links.) Ich halte als Ressortminister die Verpflichtung, das Versprechen der Aufhebung der Verbindungsverbote zwischen politischen Vereinen, das Fürst Hohenlohe beim bürgerlichen Gesetzbuch gab, einzulösen, und habe dies Versprechen gehalten. Die schwersten Angriffe sind damals gegen mich gerichtet worden, hier in Preußen und noch an anderen Stellen. (Große Heiterkeit. Zuruf: Wo?) Herr Abgeordneter, das ist eine sehr neugierige Frage! (Große Heiterkeit.) Die schwersten Fragen für Staat und Reich wurden damals voraus verkündigt, nichts von diesen Prophezeihungen ist Wahrheit geworden. Die Aufhebung des Verbindungsverbots bedeutete nur die Abschaffung eines unnützen Dekorationsstücks. Trotz aller gegen mich gerichteter Angriffe halte ich mich noch immer für einen konservativen Politiker. (Andauernde Heiterkeit.) Ganz gewiß! Aber der Konservativismus verpflichtet doch nicht zu dem Glauben, Volksstimmungen oder Regungen der öffentlichen Meinung durch polizeiliche Vorschriften totmachen oder unterdrücken zu können. (Sehr wahr! links.) Wenn überhaupt ein Vereinsgesetz geschaffen werden soll, muß es den modernen Verhältnissen entsprechen. Will man das Vereinsgesetz auf dieser Grundlage nicht aufbauen, so tut man besser, man unterläßt es ganz. (Lebhafte Zustimmung links.) Jedenfalls kann man nicht einfach mechanisch das württembergische Vereinsgesetz auf das Reich übertragen. Meines Erachtens muß man das Gesetz auf zwei entscheidenden Gesichtspunkten aufbauen: es muß Ruhe und Sicherheit aufrecht erhalten bleiben, das ist eine Forderung der Staatsordnung. (Lachen bei den Soz.) Ich denke, Sie (zu den Soz.) wollen alle Ihre Ziele auf friedlichem Wege erreichen. Die zweite Grenze ist, daß das Vereinsrecht nicht Vereinigungen zulassen darf, in denen verbrecherische Handlungen vorbereitet werden. Unsere zweite große Aufgabe ist die Zusammenlegung der sozialpolitischen Versicherungszweige. Das Krankenversicherungsgesetz hat von vornherein nur den Charakter eines Notgesetzes getragen. Die Reform muß ganz von unten anfangen. Ich habe immer nur von einer Zusammenlegung der drei Versicherungsgesetze gesprochen, nicht der Versicherungszweige. Eine automatische Behandlung der Frage würde den allergrößten Schwierigkeiten begegnen. In dem mangelhaften Unterbau liegt eine ungeheure Gefahr für die Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Das Gesetz betreffend den Arbeiterschutz in der Hausindustrie ist nahezu fertiggestellt. Weitere Abänderungen der Gewerbeordnung beziehen sich auf die Nachtarbeit der Frauen, den Zehnstundentag der Arbeiterinnen, die Arbeitsverhältnisse der technischen Angestellten. Endlich soll vorgelegt werden ein Gesetz über die Arbeitskammern. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hoch (Soz.):

Der Staatssekretär stellte ein freiheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz in Aussicht. Warum hat er nicht auf eine freiheitlichere Handhabung des gegenwärtigen Gesetzes hingewirkt? Er erklärte es für die Aufgabe des Staates, für Recht und Ordnung zu sorgen. Ja, es fragt sich eben, was unter Recht und Ordnung zu verstehen ist. Die Ansichten darüber gehen weit auseinander. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Unter dem Vorwande der Gefährdung der Rechte und Ordnung werden alle Bestrebungen der Arbeiterschaft bekämpft. Wenn sozialdemokratische Arbeiter einen Turnverein gründen,

---

Aus aller Welt.

Rußland in Berlin. Mittwoch Abend suchte der Arbeiter Buhle den Geschäftsführer Tiedemann in dessen Wohnung in Berlin auf, um eine Unterredung und überreichte ihm einen Brief, in dem er 500 Mk. forderte, widrigenfalls gegen ihn die Todesstrafe verhängt sollte. Der Brief war unterzeichnet: „Komitee der schwarzen Maske“. Als Tiedemann Buhle fragte, ob er verrückt sei, schrie dieser: „Hände hoch“ und richtete einen Revolver auf Tiedemann. Der Angegriffene warf sich auf Buhle, der nur den Revolver wenig schnell hinterinander abdrückte und Tiedemann am linken Oberarm und Unterarm verwundete. Trotz der Verletzungen konnte Tiedemann den Täter, der sich beim Ringen durch einen fünften Schuß selbst die Hand verletzte, festhalten und, nachdem er aus dem Fenster um Hilfe gerufen hatte, Schutzmännern übergeben. Buhle war gestern Nachmittag in einer von ihm gemieteten Droschke nach Wannsee gefahren und hatte dort bei den Willenbeigern den einen Erpressungsversuch beabsichtigt. Da er die Herren nicht antraf, fuhr er nach Berlin zurück, nachdem er kurz vor Wannsee noch einen Handwerksburschen aufgenommen hatte, der die Fahrt nach Berlin mitmachte. Der Handwerksbursche verschwand, als er die Tat mißlingen sah. Bei Buhle wurde eine schwarze Maske vorgefunden.

Ein junger Lebensretter. Dieser Tage bemerkte ein Schulkind aus Flensburg beim Spazierengehen, daß auf einem Bohlenweg zwei andere gleichaltrige Knaben auf den Eisenbahnschienen schlitten. Es zeigte sich, daß die beiden Knaben total betrunken waren. Sie hatten zuvor mit einem dritten Knaben eine Flasche Wein geleert und dann Zigarren geraucht. Da der hinzugekommene Knabe wußte, daß der Nachmittags-Schnellzug vom Süden jeden Augenblick die Strecke passieren mußte, bemühte er sich, die beiden von ihrem gefährlichen Schlafplatz fortzuschleppen, was ihm auch unter großer Anstrengung gelang. Kaum waren sie in Sicherheit, als auch schon der Zug heranraste.

Umgestürzte Lokomotive. Mittwoch Morgen fiel auf der Lokalbahn Lipock-Kamiskotte an der Kreuzung zwischen Hagelitsch und Kittlitzer die Lokomotive eines Lokalzuges infolge Weichenfehlstellung um. Dabei geriet der Lokomotivführer Brunzlawmann so unglücklich unter die Lokomotive, daß er sofort getötet wurde.

Mit der Axt erschlagen. In Pritschenbach in Ostpreußen wurde ein Tagelöhner Mikalla von seinem 20jährigen Sohne mit der Axt angefallen. Der [illegible] daß derselbe eines gewaltsamen Todes gestorben war. Der Schädel war mit einer Axt [illegible] worden. Der Mörder hat [illegible] 5 Kinder.

Wie Fremdenzimmer in Wohnungen [illegible]. [illegible] Wien, Winter [illegible] kommen. [illegible] nungen herrschen [illegible] Hauswirt kündigt nun in den Tageszeitungen an, daß er jedem Mieter bei sofortigem oder baldigem Mieten einer Wohnung jeglicher Größe bei [illegible] die Umzugskosten vergütet und außerdem bei mindestens dreijähriger Dauer des Mietsvertrages eine Prämie von 10 Prozent der Jahresmiete gewährt. Die Vergütung wird bei Abschluß des Mietsvertrages vereinbart und am Jahresschluß ausgezahlt bezw. von der Miete in Abzug gebracht.

Wenn der Hauswirt die Umzugskosten, die ihm bei dieser Art Reklame entstehen, nicht schon in dem Mietspreis mit einbezogen hat, dann könnte man ja die Eisenbahner um ihre günstige Wohnungsgelegenheit fast beneiden.

Der Situation gewachsen. Ein Stadtverordneter X. zu Breda (Niederlande), der wegen „öffentlicher Trunkenheit“ auf der Straße angegriffen und eingesperrt worden war, ist [illegible] Mann, der sich nicht leicht ins Bockshorn jagen läßt. Als er am [illegible] Zelle seinen Rausch ausgeschlafen hatte und ein Schutzmann [illegible] die Freiheit wiedergeben wollte, erinnerte er sich plötzlich seiner Eigenschaft als Stadtvater, und voll Würde sprach er: „Da ich nun einmal hier bin, wünsche ich die Arrestantenzellen zu besichtigen.“ Der verblüffte Schutzmann diente dem edlen Stadtrat als Führer.

Brand-Katastrophen. [illegible] wurde [illegible] Trepton a. Rega [illegible] zehn Wohnhäuser wurden zerstört, [illegible] Vieh und Gerätschaften gingen dabei verloren.

Bei dem schon berichteten Grubenunglück in Calhaden sind 15 Personen umgekommen. [illegible] verhaftet. [illegible] Mutter erhängen, die [illegible] beiden Kinder umbrachte und ihrem Schicksal [illegible] Mehrere Bergarbeiter sind [illegible] Verletzungen erlegen. [illegible] nahm [illegible] Verhaftungen vor. Der Mörder des [illegible] Stadtverordneten, der seine Tat [illegible] über ihren Wert verübt hatte, ist der bäuerlichen Brandstiftung verdächtig. Der Kaiser und die Kaiserin besuchten die Brandstätte.

Verkehr „bestimmter“ Damen. Aus Kap wird gemeldet, daß ein [illegible] Mann der englischen Kavallerie [illegible] Kapitän durch einen heftigen Streit zwischen zwei Damen des [illegible] Verkehrs gestört wurde. Infolge einer Diskussion [illegible] zwischen zwei Kavalleristen über ein Verkehrsverbot [illegible] Damen [illegible] Streit. Die Damen [illegible] Sekundanten und die zwei Damen [illegible] Duell auf. Die Damen [illegible] Sekundanten [illegible] Duell. Der Ausgang des Zweikampfes wird in der römischen Aristokratie mit großer Spannung erwartet.

Ein Zirkusdirektor als Mörder. In der Untersuchung gegen den Zirkusdirektor Niederhofer aus München wegen des Mordes an dem Kaufmann Hendschel ist jetzt eine überraschende Wendung eingetreten. Niederhofer hatte einen Artisten des Mordes bezichtigt, mit dem Hendschel nach England gereist und der auch mit ihm im Zirkusgebäude gewesen sein soll. Nach langen Bemühungen ist es nunmehr der Polizei gelungen, den betreffenden Artisten in England aufzufinden und nach München zu zitieren. Gestern wurde derselbe plötzlich Niederhofer gegenübergestellt und sagte ihm auf den Kopf zu, daß er, Niederhofer, allein mit Hendschel in den Zirkus gegangen sei. Seitdem sei Hendschel unsichtbar gewesen. Niederhofer war nach der Konfrontation [illegible]

200 Menschen umgekommen. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Salonik: Bei den Ueberschwemmungen des Elektrid, Kapulli, Gewelli und anderen Ortschaften an der Vardar in Mazedonien sind etwa 200 Personen umgekommen. Der Bahnverkehr ist noch unterbrochen.

Die wandernde Linde. Auf dem Leipziger Platz in Berlin ist Donnerstag mit Rücksicht auf den Bau der Untergrundbahn eine große Linde von ihrem bisherigen Standorte auf [illegible] Platzes umgesetzt worden. Der Baum wurde innerhalb drei Stunden zehn Meter weit fortgeschafft. Das Gewicht der Linde wird auf 250 Zentner geschätzt. Die Verpflanzung hat mehrere tausend Mark Kosten verursacht.

Kleine Chronik. Der Bodenbuhle Franz, der in Köln [illegible] unterschlug, wurde Donnerstag Abend, als er [illegible] wollte, [illegible] Gemse der Verhaftung oder Tod überlieferte [illegible] verhaftet; von dem unterschlagenen Gelde führt er noch 11.0[illegible] Mark bei sich. — Beim Moselorte Kröv kenterte ein mit Steinen schwerbeladener Kahn. Die beiden Schiffer ertranken. — Eine Lawine hat in Grubert die Oekonomiegebäude des Pfarrhofes zerstört. Eine Magd und das Pferd wurden getötet. — Geschossen wurde in Paris [illegible] Pensch, Herausgeber [illegible] Kunden, während Lanzi. Der Mörder wurde verhaftet. [illegible] Benoit habe ihn um 50.000 Fr. betrogen. — Der Geschäftsführer des Journals Alexander [illegible] in Genua [illegible] erschossen. Es wurden Juwelen im Wert von 50.000 [illegible] gestohlen. Die Täter wurden verhaftet. — In Pottenstein [illegible] wurde [illegible] Tunnel [illegible] und [illegible] im Laufe in Oberweis [illegible] und [illegible] wurde. Die Gefahr [illegible] Tempter abzuhalten, waren [illegible] erstickt. — Gegen [illegible] „Pommerscher Herold“ wurde auf Verfolgung [illegible] Mark Geldstrafe wegen [illegible] Beleidigung [illegible] Kartell [illegible]

ist der preußische Minister des Innern bereits den Staat erschüttert. Die Neuregelung des Vereins- und Versammlungsrechts wird sicher so ausfallen, daß alle Vorteile den Arbeitgebern, alle Nachteile den Arbeitern zufallen (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Koalitionsfreiheit haben wir immer gefordert. Warum haben wir sie nicht bekommen? Die Herren Naumann, Bassermann und Trimborn suchten den Reichstag von jeder Schuld freizusprechen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Auch der Reichstag hat sich an der Verfassungstaktik beteiligt. Herr v. Hertling hat ja daran erinnert, wie er mit Pohn überschüttet wurde, als er mit seinen ersten sozialpolitischen Anträgen kam. Noch viel ärger war der Pohn, mit dem die große Mehrheit Herrn v. Schweitzer empfing. Jetzt freilich fließen die Reden fast aller Parteien von sozialpolitischen Versprechungen und Beteuerungen über. Herr Naumann klagte über die Ohnmacht des Reichstags. Mit Recht. Aber tragen nicht die bürgerlichen Parteien Schuld daran? Sie nehmen demütig die Mißachtung hin, mit der die Regierung ihnen begegnet. Mit Vorbedacht ruft die Regierung den Reichstag spät ein und schließt ihn eiligst, um die eingehende Erörterung der sozialpolitischen Initiativanträge mit Resolutionen zu verhindern. Und der Reichstag läßt sich das gefallen! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man läßt sogar die Schwerinstage mehr und mehr eingehen. Beim Zollwucher freilich zeigte der Reichstag Energie und so überall, wo es sich um Interessen der Besitzenden handelt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn es sich aber um die Interessen der Arbeiter handelt, dann hat die bürgerliche Mehrheit im besten Falle schöne Worte. Ich erinnere an den Bauarbeiter- und Heimarbeiterschutz. Ich erinnere an die Kritik, die Herr Giesberts — und mit Recht — an dem Gesetze über die freien Hilfskassen übte. In der Kommission aber acceptierten die Zentrumsvertreter mit unwesentlichen Aenderungen den Entwurf, der sich gegen die proletarische Selbstverwaltung wendet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Dr. Naumann steht den Realitäten des Lebens sehr ideologisch gegenüber. Warum geht es in der Sozialpolitik nicht vorwärts? Darum, weil die bürgerlichen Parteien ebenso sehr unter dem Einfluß der Großindustrie stehen, wie die Regierung. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Der gute Wille der Parlamentarier erweist sich ohnmächtig gegenüber der Macht der Großindustrie. Die aufkommende Bourgoisie hat die Staatsmacht benutzt, um aus den gewaltsam expropriierten Bauern die Proletariermassen zu schaffen, deren sie zu ihren Werken bedurfte. Erst als die Arbeitermachtgesetzgebung für die Bourgoisie überflüssig wurde, ward sie aufgehoben. Nunmehr wurde der freie Arbeitsvertrag proklamiert. In der Praxis hat es einen freien Arbeitsvertrag nie gegeben.

Schon die Hygiene erfordert das Einschreiten der Staatsgesetzgebung. Aber die Großindustriellen sehen in der Arbeiterschutzgesetzgebung einen Eingriff in ihr Herrenrecht. — Für die mächtige Stellung der Großindustriellen ist es bezeichnend, daß, wie schon ein Vorredner hervorhob, die Aussperrungen mehr und mehr an die Stelle der Streiks treten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es ist eine Unmöglichkeit, eine Sozialpolitik zu treiben, die den Arbeitern hilft und doch den Unternehmern genehm ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und doch ist dies die sozialpolitische Devise aller bürgerlichen Parteien. Wie kann man sich da wundern, daß der Reichstag sozialpolitisch völlig versagt? (Sehr wahr! b. d. S.) Die sozialdemokratische Fraktion hat alles getan, was sie konnte, um wenigstens die einfachsten Forderungen der Sozialreform durchzusetzen. Aber unsere Anträge werden einfach niedergestimmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Alle sozialpolitischen Gesetze sind durch Ausnahmen durchlöchert und z. T. völlig illusorisch gemacht worden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auf diese Weise ist z. B. das Kinderschutzgesetz zu einem wahren Zerrbild geworden, zumal die Gerichte gegen die Unternehmer überaus milde sind.

Die Vorlegung der Berichte der Gewerbeinspektoren ist beizubehalten (Sehr wahr! bei den Soz.), aber es müssen von ihnen, wenn man sie nicht, wie in Amerika, unentgeltlich verteilt, billige Ausgaben veranstaltet werden. In Betrieben, wo Arbeiter beschäftigt werden, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, müssen die Arbeiterschutzbestimmungen auch in der Sprache dieser Arbeiter angeschlagen werden. Den Resolutionen, die auf gesetzliche Arbeiterschutzgesetzgebung hinzielen, werden wir zustimmen. Doch sind wir uns klar, daß auch hierbei wieder rechtzeitige Beratungen zu Tage treten werden. (Graf Posadowsky macht auf die Schwierigkeiten bei der Vereinheitlichung der Arbeiterschutzgesetzgebung [illegible] Wir können nur daran zu befreiten, daß man den Arbeitern ihre Rechte beschneiden will. Ein [illegible] Beispiel, wie man den Arbeitern gegenübertritt, ist die Art und Weise, wie der Zusammenschluß der Berliner Krankenkassen vernichtet wurde. Graf Posadowsky betont, daß die Unfallkurve infolge an der Landwirtschaft leidtragend bemerkbar würde; ab und zu mag das mal vorkommen, man häufiger jedoch sind die Fälle, in welchen der Arbeiter zu seinem Recht auf Rente nicht kommen kann. [illegible] gegen Rentenerleichterung das [illegible] Mittel Selbstverwaltung der Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Soz.) Werde die Erfahrungen auf dem Gebiete der Unfallrente [illegible] wenn wir noch von einem wirklichen Arbeiterschutz [illegible] Wenn Sie (nach rechts) sich mit den großen Summen [illegible], die jährlich für Unfallentschädigungen gezahlt [illegible] man doch darauf hinweisen, daß [illegible] Unfälle [illegible] sind. Die Unfallverhütung muß unter Beiziehen [illegible] sein. Eine [illegible] verfügt und [illegible] gemacht werden [illegible] die Arbeiterschaft [illegible] und Zutrauen zu haben. Unser Standpunkt dagegen ist nur, dem Reichstag [illegible] zu machen. [illegible] der Sozialdemokratie [illegible] Demnach entspricht mit Notwendigkeit die unerfreuliche Arbeiterschutzgesetzgebung der bürgerlichen Gesellschaft. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir haben keine [illegible] Gesetzes, [illegible] Bestimmungen und Verordnungen, die wir zum Teil unterstützen. Der einzige Streit ist [illegible] der Lohn ist durch die Unternehmer [illegible] worden. (Zustimmung bei den Soz.) Wir verlangen von der [illegible] Gesetzgebung [illegible], die Sie allerdings nicht gewähren werden, daran ändern Sie der Einfluß des Zentrums [illegible] dem Sie [illegible] Ihnen gegenüber [illegible] wie die Herren von der Regierung. **Unsererseits werden die Arbeiter ihre Organisationen ausbauen, um selbst ihr Recht zu erkämpfen. Wenn sie sich auf den Reichstag verlassen, sind sie verlassen.** (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

[illegible] Graf Posadowsky: Für die Rentenfestsetzung müssen [illegible] Gesichtspunkte angewendet werden. [illegible] Rentenentziehungen, wenn sie notwendig sind, dann nicht [illegible] werden, auch die Erhöhung von Renten kann [illegible] zu einer Ungerechtigkeit werden.

[illegible] Haus die Gesetzesvorlage auf Drucksache 1 [illegible] Schluß 6½ Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Zum internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart. Der Stuttgarter Gemeinderat genehmigte am Mittwoch das Gesuch des ingaltenschaftlichen Vereins um Überlassung des Königlichen Festsaales auf den Cannstatter Wiesen zur Abhaltung einer großen Volksversammlung anläßlich des am 18. August beginnenden internationalen Sozialistenkongresses. — Wenn noch der schlechte Trost von Parteien des südlichen Rußland heißt, daß alle weiteren Kongreß beim Schwerpunkt bereit werden.

Bildungsbestrebungen. Die großen Männer waren für die Genossen in Dresden, [illegible] und Parteibücher [illegible] — [illegible] — die [illegible] Bildungszwecke zu verwenden. Dafür soll im Zentrum der Stadt eine Zentralbibliothek aufgestellt und mit Lesezimmern verbunden werden. Außerdem wird ein Bibliothekar fest angestellt und daneben sollen Vortragszyklen abgehalten, künstlerische Darbietungen geboten und auch sonst auf jede Weise die Bildungsbestrebungen der Arbeiter unterstützt werden.

Stadtverordnetenwahlsieg. Im 39. Berliner Kommunalwahlbezirk fand am Mittwoch die Ersatzwahl für einen verstorbenen sozialdemokratischen Stadtverordneten statt. Die Versuche der Freisinnigen, uns den Wahlbezirk zu entreißen, waren vergeblich, Genosse Ritter wurde mit 1185 Stimmen gegen 963 freisinnige gewählt. Unsere Stimmenzahl wuchs um 200.

Ein Ausschluß. Die Straßburger „Freie Presse" vom Dienstag meldet: Das Schiedsgericht gegen Ludwig Strauß, das Montag Abend unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Emil Eichhorn-Karlsruhe tagte, hat nach einer drei Stunden in Anspruch nehmenden Verhandlung diesen Beschluß gefaßt:

Der Vorwurf, daß Strauß während des Wahlkampfes Artikel gegen die Partei und ihre Wahltaktik in gegnerischen Blättern veröffentlicht habe, ist nicht erwiesen.

Dagegen ist erwiesen, daß er in voller Kenntnis der ordnungsgemäß gefaßten Beschlüsse zuständiger Parteiorganisationen, und um den Zweck dieser Beschlüsse zu vereiteln, in gegnerischer Versammlung die Genossen aufforderte, denselben zuwider zu handeln. Es geschah das laut eigenem Zugeständnis in völlig bewußter Absicht.

In dieser Handlungsweise lag ein derart grober Verstoß gegen die Grundsätze der Partei, daß das Schiedsgericht einstimmig zu dem Beschluß kam, Strauß aus der Partei auszuschließen."

Arbeiterbewegung.

Eine Wendung in der Berliner Holzarbeiter-Aussperrung. Eine Delegiertenversammlung der Arbeitgeberorganisationen in der Holzindustrie hat den Beschluß gefaßt, die Werkstätten für nichtorganisierte Holzarbeiter zu öffnen.

Die ausgesperrten Gesellen hielten eine Versammlung ab, in welcher der Situationsbericht entgegengenommen wurde. Da der drohende Streik der Berliner Bauarbeiter auch auf den Kampf der Holzarbeiter Einfluß habe, so werde sich der Kampf noch längere Zeit hinziehen. Ohne Zugeständnisse werde die Arbeit auf keinen Fall aufgenommen. Mittel seien noch genügend vorhanden.

Der Gärtnerausstand in Leipzig ist beendet. Die Arbeitgeber bewilligten die Forderungen der Gehilfen.

Die ausständigen Herrenschneider nahmen die Arbeit wieder auf, dagegen **bleibt der Streik der Damenschneider bestehen.**

Die Bremer Bäckergesellen beschlossen den Ausstand für alle Betriebe, in denen die neuen Tarifforderungen nicht bewilligt wurden. Zwanzig Betriebe von 120 haben die Forderungen bewilligt.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes im Hamburger Hafen. An der Verhandlung mit den Reedern nahmen außer anderen Ballin, Döring vom Hafenarbeiterverbande und Reichstagsabgeordneter Heckscher teil. Das Ergebnis derselben wurde in einer Aufsichtsversammlung der Schauerleute mitgeteilt. Die Reeder wollen die deutschen Arbeitswilligen, soweit sie möglich, hier behalten, die Fremden soweit wie möglich abschieben, aber nur, wenn sich die hiesigen Arbeiter durch ihre Organisation verpflichten, mit Nichtorganisierten zusammenzuarbeiten, und jede Störung in den Betrieben von Kommunalarbeitern zu unterlassen. In friedlichen Zeiten darf der Zuzug von Arbeitern nicht unterbunden werden. Dagegen wollen sie Schiedsverhandlung einführen, falls solche nach Ansicht mit den übrigen Zusagen als notwendig anerkannt werden. Solange dies nicht der Fall ist, soll nach dem alten Tarif (Stundenlohn 38 Stunden Wochenarbeit) gearbeitet werden. Die Wünsche der Arbeiter bezüglich der Schiedsmänner werden nach Möglichkeit berücksichtigt werden. — Die Schauerleute nahmen in der Versammlung lebhaft; sie nahmen folgende Resolution an: „Ausländische Arbeiter müssen mindestens einigen Tage nach Aufhebung der Aussperrung abgezogen sein. Die deutschen Arbeitswilligen dürfen nur beschäftigt werden, soweit das zur Ausführung der Arbeiten notwendig. Bei der Einführung des Schiedsverfahrens muß der Stundenlohn 1 Pfennig pro Stunde erhöht werden." — Die Resolution wurde [illegible] angenommen.

In einer Donnerstag Montag abgehaltenen Vollversammlung des Hafenarbeiterverbandes wurden die in einer Resolution [illegible] Gegenvorschläge der Schauerleute [illegible] abgelehnt. **Der Konflikt besteht also in vollem Umfange weiter.**

Die Ablehnung dieser Forderungen ist ein Beweis dafür, daß Bullin und Kollegen gewichtige Gründe gelegen ist, Frieden im Gewerbe zu haben. Der Kampf geht also, durch den Kampfcharakter der Unternehmer, die die Arbeiter nun einmal ganz unerträglich machen, in [illegible] Weise weiter.

Die Maßregelungen in Gohrau bestehen sich [illegible] Lohnbewegungen in Oberschlesien. Einige weitere 8 Bergarbeiter sind an den Bergwerkstelle [illegible] und werden der Anfahrgang von der Gewerkschaft „[illegible]".

Der Verband der Gastwirtsgehilfen hat eine Umfrage [illegible] welchen Ton der Frage des Zusammenschlusses mit dem Verband der Bäcker.

Im Verband der Lackierer ist für die Monate April bis einschließlich Dezember dieses Jahres eine Extrasteuer [illegible] worden, weil große Ausgaben für Unterstützungen zu [illegible] sind. Die Extrabeiträge betragen 20 und 30 Pfennig für Männer und Frauen.

Ein [illegible] Kampf der Buchdrucker ist auf die Zeit vom 5. bis 18. Juni [illegible] angesagt.

Die Zweigverein Schuhmachergesellen haben die Arbeit niedergelegt.

Im Bergarbeiter der Saale Mansfeld ist von den Unternehmern [illegible] Kutscher und Pferdeknechte.

Die Straßenbahner in Köln a. Rh. haben eine Bewegung auf Einführung der [illegible] Arbeitszeit begonnen.

Achtung, Maschinenbauer! Die Firma Seidel & Naumann hat in allen Orten Streik. Die Firma [illegible] sich die [illegible] Kollegen im Streik. Folge dessen nennen die Verhältnisse nach Dresden.

Die Fußbodenleger in Regensburg sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie machen die Bewilligung der Arbeitszeit von 9 Stunden bei gleichbleibendem Lohne.

Der französische Bergarbeiterstreik [illegible] Paris und Lille [illegible]. Eine Versammlung, die vom Minister mit Zeugen [illegible] war, beschloß den Generalausstand. In jeder Gemeinde wurde ein Ausschuß gewählt, der die Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit veranlassen soll. Demonstrationen mit der Parole, [illegible] mit Bratspeck und Trabanten [illegible] einem großen Wettrennen. Zum Teil [illegible] in den [illegible] Bezirken Wunderbilder. Die [illegible] macht sich den Streik noch nicht [illegible] bemerkbar. Zur Kundgebungen ist bis jetzt noch nichts zu melden.

Ein Eisenbahnerstreik in England. Aus London wird [illegible]: Es regt der Gedanke, daß England [illegible] Eisenbahnerstreik [illegible] wird. Die Eisenbahnangestellten [illegible] Eisenbahnverwaltungen [illegible] Erhöhung des Lohnes [illegible] für [illegible] Schaffner, Signalisten und Weichenwärter und eine Erhöhung der Löhne um 2 Schilling pro Woche für alle anderen Angestellten, und die offizielle Ablehnung [illegible] Eisenbahn-Gesellschaften. Falls die angeordneten Verhandlungen [illegible] scheitern, so folgt ein Streik binnen, wie es heißen und [illegible] im Wirtschaftlichen auch [illegible] in England [illegible] ist.

9. Verbandstag der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Hamburg, 10. April 1907.

3. Verhandlungstag.

Die Verhandlung beginnt mit der weiteren Beratung der Unterstützungseinrichtungen. Die Grundzüge der Vorstandsvorlage zur Einführung einer Krankenzuschußkasse lauten:

Der Verband kann seinen Mitgliedern Unterstützung gewähren in Krankheitsfällen, wenn sie:

a) dem Verband ununterbrochen mindestens zwei Jahre angehören und für 96 Wochen Beitrag gezahlt haben und
b) von einer auf Grund des Reichs-Krankenversicherungsgesetzes bestehenden Krankenkasse Krankengeld beziehen.

Sie beträgt:

In der	1. Beitragsklasse	pro Tag	30 Pfg.,	pro Woche	1.80	Mark
„ „	2. „	„ „	35 „	„ „	2.10	„
„ „	3. „	„ „	40 „	„ „	2.40	„
„ „	4. „	„ „	45 „	„ „	2.70	„
„ „	5. „	„ „	50 „	„ „	3.—	„
„ „	6. „	„ „	55 „	„ „	3.30	„
„ „	7. „	„ „	60 „	„ „	3.60	„
„ „	8. „	„ „	65 „	„ „	3.90	„

Von zwei zu zwei Jahren sollen sich die Sätze um je 30 Pf. erhöhen, bis zum Höchstbetrage von 3.60 Mk. in der ersten und 5.70 in der achten Beitragsklasse.

Die vorstehenden Sätze werden vom 8. Krankheitstage an auf die Dauer von 12 Wochen gewährt.

In lebhafter Debatte werden die Gründe, die für Einführung sprechen, erörtert, doch auch gegenteilige Ansichten treten zutage, wobei besonders betont wird, daß der baugewerbliche Hilfsarbeiter-Verband nicht durch Unterstützungseinrichtungen seinen Kampfescharakter einbüßen dürfe, wie dies bedauerlicherweise bereits bei anderen Verbänden in die Erscheinung getreten sei.

Da der Nachmittag zu einer Hafenrundfahrt benutzt werden soll, wird der dritte Verhandlungstag um 12 Uhr geschlossen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. April.

Geschichtskalender.

12. April.

1830 Der belgische Plastiker Constantin Meunier (Schöpfer der „Arbeit") in Brüssel *.

Aus dem Stadtparlament.

Ganz so zum Debattieren wie das letzte Mal waren unsere ehrsamen Stadtväter gestern nicht aufgelegt; sie legten diesmal das Schwergewicht ihrer stadtväterlichen Tätigkeit in die Arme, die unausgesetzt zur Abstimmung sich erhoben. So kam es, daß nachgeholt werden konnte, was am vorigen Donnerstag versäumt worden war, und daß eine ganze Reihe von Vorlagen aufgearbeitet wurden. So wurden, zum Teil mit kleinen Abstrichen, die folgenden Etats vorläufig festgesetzt: Die Etats des Feuerlöschwesens, der Ländereien für die Grundwasserversorgung, bei dem der Referent über das ungünstige Ergebnis klagte, weil sich die Ländereien schlecht verpachten, der Straßenbeleuchtung, der Kanalisationswerke, des chemischen Untersuchungsamtes, der Straßenbahn, deren Zuschußansprüche wieder in erfreulichster Weise gesunken sind, der Gaswerke mit geringfügigen Aenderungen, der Knaben-Mittelschulen, der fünf Mädchen-Mittelschulen, der Bauverwaltung, des Bauhofes, der Wasserwerke und der Elektrizitätswerke.

Ganz ohne daß geredet worden wäre, ging es dabei freilich durchaus nicht ab. Den Vortrag der Ausschußreferenten benutzten verschiedene Herren, um Einzelwünsche und Anträge an den Magistrat zum Vortrag zu bringen. So wollte Herr Jobn wissen, ob unsere Feuerlöscheinrichtungen ausreichen, die Türme der Stadt im Falle eines Brandes zu schützen. Stadtbaurat Würz wollte das verneinen, versprach aber, mit dem Branddirektor darüber in Fühlung zu treten, wie hier Rat geschaffen werden könne. Herr Scholz I aber riete an, man möge mit der Einstellung von Kraftfahrzeugen schneller als bisher fortschreiten. — Beim Etat der Elektrizitätswerke bedauerte es Herr Gärtner II, daß der Tarif für Lieferung der elektrischen Kraft wenig zu ausgiebigerer Verwendung dieser Kraftquelle anreize; es müsse bald ein neuer Tarif, eventuell ein Doppeltarif geschaffen werden, durch den aber dem elektrischen Licht der bisherige Charakter eines Luxuslichtes genommen werden müsse. Bürgermeister Wuttke hält es für unangebracht, den auf fest vierzehn Jahre bestehenden Tarif, noch ehe man einige Erfahrungen gesammelt habe, schon wieder abzuändern.

Beim Etat der Knabenmittelschulen, der einen Zuschuß von 31,215 Mk. erfordert — bei den Mädchenmittelschulen beträgt er 17,165 Mk. — spricht sich Herr Heilberg dagegen aus, daß mit dem neuen Steuerbeschlußsystem auch das Schulgeld von den Schülern mit in der Schule gebracht werde, um dort von einem städtischen Beamten entlastet zu werden. Bürgermeister Wuttke verteidigt dieses Verfahren als durchaus praktisch, es habe sich anderswo und vor allem an den städtischen Anstalten durchaus bewährt. Seinen Wünschen Herr Heilberg, die Berichte der Schulärzte möchten künftig so eingerichtet sein, daß sie den Stadtverordneten eine genaue Übersicht über den hygienischen Zustand ermöglichen.

Auch außerhalb der Etatsberatungen erhob sich manchmal die Debatte zu einer Lebhaftigkeit, die sich manchmal hören lassen konnte. Wenn [illegible] wurde sie bei der Vorlage über die Verpachtung der Obersteichen. Entgegen dem bisherigen Zustande, wonach sowohl die Nutz- wie die Aufsichten in den Teichen der hiesigen Fischerinnung verpachtet war, die überdies Angehörige in die Innung aufnahm, soll nach dem Magistratsantrage künftig nur die Aufsicht der Innung überlassen bleiben, die Nutzung aber an die Stadt zur Angelgenheit [illegible] werden. Der Magistrat will dieses Weg vor allem einschlagen, weil der [illegible] Auffassung der Fischerinnung, als ob sie ein Privileg auf die Oderteiche habe, dadurch am wirksamsten entgegengetreten werde. Sowohl die Fischerinnung, wie auch die der Genossenschaft nicht angehörenden Angelvereine hatten nun einen schroffen Feldzug gegen die Vorlage unternommen. Um das Für und Wider der Magistratsvorlage genau prüfen zu können, war die Vorlage von Seiten des Ausschusses dem Ausschuß überwiesen worden, der nunmehr die Annahme in der Magistratsfassung empfahl. Wie es an gerade bei Vorgängen, die keinen Widerspruch sehr, es entwickelte sich über die [illegible] Frage, wer Nutzung in der Oder angeln soll, noch einmal eine längere Debatte, die einen [illegible] Charakter annahm. Rechter Hand, linker Hand, beides verwandt. Wie [illegible] den Ausführungen Herrn [illegible] eine Lanze für die [illegible] Angelvereine brechen, der Kollegenschaft [illegible] entwickelte sich als „Feind des Vorstandes", er wollte durch Annahme der Magistratsvorlage den Angelvereinen „einen Teil ihrer Existenz nehmen", indem er sich auf Seiten der Angelvereinsmitglieder stellte. Herr Gerber [illegible] in einen Eifer hinein, von dem wir nur wünschten, daß er auch bei [illegible] Fragen für [illegible] bedienen, [illegible] er die Sache vermieden hätten, die Versammlung aber verlor die Fassung [illegible] die Partei gegen [illegible], sie machte [illegible] Schluß und verlieh mit großer Mehrheit der Magistratsvorlage Gültigkeit. Wenn die Angelvereinsmitglieder der Fischerinnung [illegible] hing, so werden sie es jetzt der Genossenschaft [illegible]. Die Welt [illegible] und [illegible] sich [illegible] wie [illegible].

Einstimmig und [illegible] nahm die Debatte, zu der die Vorlage über den Ankauf der

sogenannten Vogelwiese an der Hohenzollernstraße gab. Der von der Hohenzollernstraße, der Schwerin- und der Brandenburgerstraße begrenzte und 100 Ar große Platz war bereits bei der Fluchtlinienfestsetzung im Jahre 1882 von der Bebauung ausgeschlossen worden. Trotzdem hatte ihn später der Kaufmann Marcus Gellert für 180,000 Mark erworben, in der Hoffnung, schließlich doch die Bebauung durchsetzen zu können. Das ist ihm mißglückt, ebenso wie ihm die Stadtgemeinde das Grundstück zu dem von ihm geforderten Preise von 200,000 Mk. nicht abnahm. Gellert geriet darauf in Konkurs und der Bankier von Wallenberg-Pachaly mußte das Grundstück erstehen. Nachdem dieser nun mit seiner Forderung von 182,000 auf 150,000 Mk. zurückgegangen ist, will der Magistrat den Platz nunmehr ankaufen und als Schmuckplatz ausgestalten. Der Vorlage erstand zunächst ein Gegner in dem Führer der Freien Vereinigung, Dr. Peucker. Er war der Meinung, der Ankauf dränge nicht allzusehr. Durch Beseitigung der Vogelwiese und durch die Umzäunung des Platzes seien die ärgsten Mißstände beseitigt. Sicher werde man in einigen Jahren den Platz billiger als für 150,000 Mark bekommen. Ihm gegenüber vertrat Herr Bischoff die Interessen der Anlieger, die dringend einen Ankauf des Platzes durch die Stadt erheischten. Durch den unschönen Anblick, den der Platz biete, werde jene „vornehme" Gegend verschimpfiert, die Grundstücke entwertet, und sogar einige Subhastationen seien geradezu auf den skandalösen Zustand des Platzes zurückzuführen. Wenn die Sache wirklich so liegt, dann wird unseres Erachtens mit Herrn Justizrat Heilberg zu erwägen sein, in welcher Höhe die umliegenden Hausbesitze durch Anliegerbeiträge an den Kosten für den Erwerb und die Anlegung des Platzes beitragen sollen; denn dann bedeutet der Platz für sie eine Wertsteigerung, die selbst dann noch bestehen bleibt, wenn der Platz, was wir dringend wünschen möchten, nach erfolgtem Ankauf zu einem Kinderspielplatz ausgestaltet würde. Im übrigen hatte Herr Heilberg sehr recht, wenn er darauf hinwies, wie fasch es ist, beim Ankauf von Grundstücken sich nur nach der Frage zu richten, ob der Ankauf für die nächste Zukunft erforderlich sei; man muß eine weiterschauende Bodenpolitik treiben und Grundstücke ankaufen, die auf Jahrzehnte hinaus vielleicht noch keine endgiltige Verwendung finden können. Dann wird man in der Tat sich als sparsamer Sachwalter des städtischen Vermögens erweisen. Wäre zum Beispiel der hier in Frage stehende Platz bereits im Jahre 1882 angekauft worden, er wäre um 100,000 oder doch wenigstens um 50,000 bis 60,000 Mk. billiger gekommen. — Nach längerer Debatte wurde im übrigen die Vorlage dem Ausschuß IV überwiesen.

Von weiteren Vorlagen wurden ohne Debatte genehmigt: verschiedene Anstellungen, ferner die Annahme eines Geschenkes von 4500 Mk. von Ratssekretär a. D. Liebich, weiter Ausgaben für Zwecke der Schwemmkanalisation außerhalb des Etats und eine Drainageanlage auf den Ländereien des Pflegehauses; außerdem Mehrkosten für Umbauten auf dem Gute Oswitz und im Pflegehause zu Herrnprotsch, der Austausch von Ländereien in Weidenhof und die freie Beköstigung der Hospitalärzte, schließlich fand der Vertrag wegen Anlegung der Opitzstraße zwischen Schwerin- und Yorkstraße und der Verkauf des von uns früher erwähnten Feldgrundstücks auf der Viehweide an die Schlesische Immobilien-Aktien-Gesellschaft die Zustimmung der Versammlung.

Den Beratungen war diesmal eine kurze gemeinsame Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten vorausgegangen, in der die Herren Stadträte Müller und Marck sowie die Stadtverordneten Birke, Breslauer und Suchantke in den Ausschuß zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen für 1908 gewählt wurden. — Eine geheime Sitzung beschloß die gestrige Tagung.

Religions-Prozeß.

Bekanntlich läßt der liebe Herrgott, falls es einen solchen gibt, seine Sonne über Gerechte und Ungerechte scheinen. Mit den Interessen des Klassenstaates steht diese geradezu fanatistische Verteilung des Sonnenlichts aber im Widerspruch. Unser Strafgesetz enthält denn auch in seinem § 166 eine Korrektur der göttlichen Praxis, und wer sich wider eine Religion vergeht, deren Erhaltung im Volke den Interessen des Klassenstaates gerade entspricht, dem kann das Sonnenlicht bis auf die Dauer von drei Jahren entzogen werden.

[illegible] Jahre war man [illegible] wieder einmal daher [illegible] Welt mehr Religion haben sollte, als bis dahin. [illegible] wurde die sogenannte Schulvorlage eingebracht. [illegible] Volkskreisen rief diese Vorlage große Erregung hervor. [illegible] Pastor [illegible] von der Jenaer Religionsgemeinde in Berlin vertrat die Anschauung, daß eine solche Erziehung [illegible] Leuten, die der Wissenschaft [illegible] keine besondere Berechtigung habe. Er wies auf das Mißverhältnis hin, das [illegible] und forderte deshalb [illegible] auf, aus der Landeskirche auszutreten. Zum Ausdruck [illegible] Interesse forderte er besonders auch durch ein gleichlautendes Inserat in sozialdemokratischen, [illegible] und nationalliberalen Zeitungen auf. Während man das Inserat in allen [illegible] Blättern unangefochten hatte [illegible] durch die Veröffentlichung in sozialdemokratischen Zeitungen der [illegible] Pastor [illegible] worden sein. [illegible] Landrat [illegible] auf den Gedanken, daß im „Proletarier aus dem Eulengebirge" [illegible] Veröffentlichung am Religionsverbrechen [illegible] worden sei. Der Staatsanwalt in Schweidnitz leitete sich [illegible] gegen die Erhebung einer Anklage gegen Prediger Tschirn [illegible] des Inserats und Genossen [illegible] verantwortlichen Redakteur des „Proletarier" [illegible] Hartenstein [illegible] wurde. Nun [illegible] Landgericht die Aufnahme des Verfahrens ab. Der Staatsanwalt führte jedoch [illegible] Beschwerde beim Oberlandesgericht Breslau, das [illegible] Eröffnung des Hauptverfahrens anordnete. Die Strafkammer in Schweidnitz hat [illegible] Angeklagten erkannt, aber das Reichsgericht hat die dagegen eingelegte Revision verworfen.

Inzwischen war auch die Staatsanwaltschaft in Breslau zu der Meinung gekommen, daß durch die Veröffentlichung derselben Aufforderung zum Austritt aus der Landeskirche in der „Volkswacht", ein Religionsverbrechen begangen worden sei. Auch hier lehnte die Strafkammer die Eröffnung des Verfahrens ab und das Oberlandesgericht ordnete [illegible] staatsanwaltliche Beschwerde hin an.

So hatten sich nun am Donnerstag Genosse Albert als verantwortlicher Redakteur und Prediger Tschirn als Verfasser des Inserats gemeinsam vor der Strafkammer zu verantworten. Albert, der zur Zeit gerade eine einmonatliche Gefängnisstrafe in Kleischau verbüßt, war behufs Wahrnehmung des Termins auf zwölf Stunden beurlaubt worden.

Die Verhandlung an sich gestaltete sich anfänglich wenig interessant, da wohl alle Beteiligten von dem Gefühl beherrscht wurden, daß, nachdem im Falle des „Proletarier" das Reichsgericht gesprochen, auch in Breslau Freisprechung erfolgen müsse.

Die Anklage nimmt Anstoß an einigen scharfen Wendungen des Aufrufs. Es war darin gesagt, daß Millionen von Vätern und Müttern schon die wehrlosen Neugeborenen als Opfer darbringen, durch die kirchliche Taufe, durch die das Kind aus einem bloßen Menschen zum Himmelskandidaten gemacht werden solle. Diese Millionen von Eltern geleiteten die schulentlassene Jugend dann wieder zur Konfirmation, damit sie dort ein Bekenntnis wider alle Vernunft und Natur ausspreche.

Beide Angeklagte bestreiten, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Tschirn erachtet zudem das Verfahren gegen sich als juristisch nicht zulässig, da aus dem gleichen Anlaß bereits ein Verfahren gegen ihn geschwebt habe und eine einheitliche Handlung vorliege. Sachlich wandte er noch ein, daß in der Literatur oft schon ähnliche und schärfere Ausdrücke gebraucht wurden. Als Beweis verwies er auf Schriften von Feuerbach, Luther, Goethe, Häckel und andere.

Der Staatsanwalt beantragte wider alles Erwarten gegen jeden der Angeklagten einen Monat Gefängnis, weil die inkriminierten Stellen von der Anklagebehörde als Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen erachtet würden.

Rechtsanwalt Simon plädierte für Freisprechung. Von einer Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen könne keine Rede sein, es handle sich vielmehr nur um eine im Rahmen der Wissenschaft gehaltene Kritik. Da aber die Anklage, nachdem das Landgericht Schweidnitz bereits in der gleichen Sache freigesprochen hatte, von vornherein als haltlos zu erachten war, beantrage er, nicht nur die Kosten des Verfahrens, sondern auch die baren Auslagen, einschließlich der Kosten der Verteidigung, auf die Staatskasse zu übernehmen.

Prediger Tschirn führte aus, er habe vom Staatsanwalt etwas anderes erwartet als einen Antrag auf Bestrafung. Daß die Kirche eine mittelalterliche Einrichtung ist, sei doch eine historische Wahrheit, die sich auch durch kein Gerichtsurteil beseitigen lasse. Daß die kirchlichen Lehren vernunftwidrig sind, wird von Theologen, wie Kalthof, selbst gesagt. Auch Luther bezeichnet in seinen Tischreden die christlichen Lehren für vernunftwidrig. In einem christlichen Gesangbuche, das er, Tschirn, seiner Zeit als kirchliches Konfirmationsgeschenk erhalten habe, laute ein Vers:

Geht's der Vernunft entgegen,
So geht's den rechten Weg.

Daß rohe und beschimpfende Ausdrücke in dem Aufruf enthalten seien, könne er nicht zugeben.

Genosse Albert: Der Herr Vorsitzende hat gefragt, ob nicht ein Unterschied darin zu machen sei, ob solche Worte in einem wissenschaftlichen Buche, oder in einer Zeitung ständen. Die eine große Lesemahl habe. Unsere Leser sind aber eine kräftige Sprache gewöhnt. Hätte ich den Aufruf schreiben sollen, dann hätte er sicher weit kräftigere Töne aufgewiesen. Der Aufruf hat in Zeitungen der verschiedensten Parteirichtungen gestanden. Ich muß deshalb dagegen protestieren, daß sich der Staatsanwalt ausgerechnet das sozialdemokratische Blatt zu einer Anklage herausfischt. Unser Vertrauen zu den Gerichtssälen ist ohnedies ein recht minimales, und schon einmal wurde ich wegen eines Artikels zu 300 Mark Strafe verurteilt, der einem Blatte entnommen war, das unbehelligt blieb. In Kleischau habe ich jetzt Gelegenheit, die „Schlesische Zeitung" ausführlich zu lesen. Fortwährend erscheinen darin Artikel, die zur Gewalt gegen unsere Verfassung auffreizen, daß die Strafbarkeit nicht nur jeder Staatsanwalt, sondern auch jeder Laie herauszufinden vermag. Die Religion der Sozialdemokraten, nämlich deren sozialdemokratische Ueberzeugung, wird in der rohesten Weise heruntergerissen, ohne daß dagegen eingeschritten wird. Ich protestiere auch dagegen, wie die Anklagebehörde sich ihr Material zu beschaffen sucht. Kommt da zu mir eines Tages ein Beamter der Polizei und bittet um eine Nummer, mit dem heut unter Anklage stehenden Artikel. Die Nummer fehle ihm, und das sei ihm verdrießlich unangenehm. Ich gab sie ihm natürlich nicht, denn ich konnte mir denken, daß man das Blatt zur Einleitung eines Verfahrens brauchte. Derartiges trägt aber zur Diskreditierung der Anklagebehörde bei.

Nach kurzer Beratung verkündete der Gerichtshof das auf Freisprechung lautende Urteil. Die Kosten des Verfahrens, einschließlich der Kosten der Verteidigung und der baren Auslagen der Angeklagten wurden der Staatskasse auferlegt.

Das Ende der Schneideraussperrung.

Die Wiederaufnahme der Arbeit ist Donnerstag in allen Betrieben erfolgt. Etwa zwanzig Arbeiter konnten in die alten Betriebe nicht mehr einziehen, da sie abgereist waren oder sich in Breslau andere Arbeit gesucht hatten. Zwei Arbeiter wurden von Unternehmern nicht mehr eingestellt.

Gestern Abend fand in der Stala eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Dank über Ursachen und Verlauf der Aussperrung referierte. In der Diskussion wurde u. a. erzählt, daß eine große Firma den Eingang zu ihrer Werkstelle mit Girlanden dekoriert und ein Schild mit der Aufschrift „Willkommen" aufgehängt habe. Mehrere andere Betriebe haben aus Anlaß der Wiederaufnahme der Arbeit keine festliche Feierstunde mit ihren Arbeitern veranstaltet. Sie waren also im allgemeinen froh, ihre Arbeitskräfte wieder erlangt zu haben, die ihnen unter dem Terrorismus des Arbeitgeberverbandes beinahe verloren gegangen wären.

In Hamburg und München ist während die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden, vielmehr haben die Arbeiter dort nun ihrerseits Forderungen gestellt.

* **Todesfall.** Der Obermeister der Schuhmacherinnung „Hans Sachs", Joh. Wagenald, ist gestern im 77. Lebensjahre verstorben. Derselbe bekleidete seit 21 Jahren das Amt als Obermeister der Innung.

* **Stadt-Theater.** Heute Freitag findet die erste Aufführung in deutscher Sprache von Charles Willers Janitschek's Werk der „Johannes O'Brien" statt. Morgen Sonnabend geht der „Johannes O'Brien" mit dem Musikdrama „Götterdämmerung" der Serie der Wiederholungen mit dem Musikdrama „Siegfried" (Anfang 7 Uhr). Am Sonntag ist Adam's komische Oper „Der Postillon von Lonjumeau" in Szene, am Montag Lortzing's Oper „Cavalleria rusticana" angesetzt. Am Dienstag geht Weber's romantische Oper „Der Freischütz" in neuinszenierten Bildern in Szene.

* **Lobe-Theater.** Lehárs erfolgreiche Operette „Die Juxheirat" wird heute Freitag zum 21. Male gegeben. Morgen Sonnabend findet die Premiere von Max Dreyers Novitätenmärchen „Die Hochzeitsnacht" statt. Am Sonntag wird „Die Hochzeitsnacht" wiederholt. Montag [illegible] neuen Werken Sidney Jones' beliebte Operette „Die Geisha" in Szene.

* **Im Thalia-Theater** wird am Sonntag die [illegible] Operette „Frühlingsluft", Musik von Jos. Strauß, zur Aufführung gebracht. — Vorverkauf morgen Sonnabend von 10 bis 1 Uhr im Thalia-Theater.

* **Volks-Vorstellung des Humboldtvereins.** Heute Abend wird das [illegible] „Frauenkampf" in Verbindung mit dem Schwank „In Acht" gegeben. An der Abendkasse Billettverkauf.

* **Schauspielhaus.** Die beliebte Operette „Boccaccio" [illegible] wird auch nur noch eine kurze Aufführungszeit aus sich nehmen. Morgen Sonnabend [illegible] Mal zur Aufführung. Der morgige Sonnabend [illegible] wird [illegible] Novität und zwar ein [illegible] Schauspiel-drama „Die Strecke" von Oskar Bendiener. Dieses Werk erlebte vor drei Tagen seine Erstaufführung in München am Schauspielhaus und wurde infolge seiner originellen Handlung mit großem Beifall aufgenommen, so daß das Werk seiner Zeit das Repertoir beherrscht. Am Sonntag Nachmittag geht die melodiöse Operette „Der Goldfisch" bei halben Preisen in Szene. Am Abend kommt das reizende Lustspiel „Ein angebrochener Abend" mit Fräulein Teylaff und Herrn Roberts, vorher das Eisenbahndrama „Die Strecke", zur Wiederholung. Bemerkenswert ist, daß selten ein Lustspiel beim Publikum so populär angesprochen hat, wie „Ein angebrochener Abend", mithin sich die Direktion veranlaßt sieht, dasselbe auch Sonntag zur Aufführung gelangen zu lassen. Anfang am Sonntag Abend ausnahmsweise um 7½ Uhr.

* **Schwindler.** Am 28. v. M., Abends, trafen auf dem Hauptbahnhofe drei Schlesierinnen aus Lipine hier ein; im Gedränge trennte sich das eine Mädchen von ihren Begleiterinnen und irrte planlos in den Straßen umher. Bald gesellte sich ein junger Mann zu ihm, der sich erbot, ihm beim Aufsuchen der anderen Mädchen behilflich zu sein. Vor dem Stadthauskeller angelangt, schwindelte er dem Mädchen die Handtasche mit drei Mark Inhalt ab und begab sich in den Keller. Das Mädchen wartete vergeblich auf seine Rückkehr. Vor seinem Weggange hatte er dem Mädchen einen Zettel übergeben, auf welchen er den Namen Paul Müller geschrieben hatte. Der Betrüger war etwa 25 Jahre alt.

* **Zechpreller.** Ein Logischwindler, der sich Harry Machner nannte, hat in letzter Zeit zahlreiche Gastwirte in der Ohlauer Vorstadt geschädigt. Er bewohnte mehrere Tage ein Zimmer, machte eine ansehnliche Zeche und verschwand alsdann ohne Bezahlung. Der Mann, der sich als Monteur ausgegeben hatte, war mit dunkelblauem Jackettanzug, schwarzem Hut, Schnürschuhen und Regenmantel bekleidet.

* **Feuer.** Mittwoch Abend gegen 9¼ Uhr wurde die Feuerwehr nach der Friedrich Karlstraße 45 gerufen, wo durch das Umwerfen einer brennenden Tischlampe ein Stubenbrand entstanden war. — Am 10. d. M. Morgens geriet in einem Keller Lehmgrubenstraße 37 Holzwolle, Lumpen und Bretter in Brand.

* **Krank aufgefunden.** In der Nacht zum 11. d. Mts. erkrankte auf der Ohlauerstraße ein unbekannter Mann in so schwerer Weise, daß er in das Allerheiligen-Hospital gefahren werden mußte.

* **Traurige Klassengenossen.** Ein Arbeiter wurde in einem Hofraume auf der Klosterstraße durch zwei andere Arbeiter mit Eisenstücken über den Kopf geschlagen, so daß er mehrere klaffende Wunden erlitt. Zur Anlegung von Notverbänden wurde er in das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder geführt. Solange sich Arbeiter selbst untereinander so benehmen, ist es kein Wunder, wenn sie von den Bourgeois hochmütig behandelt werden.

* **In das Polizeigefängnis** wurden am 10. d. M. 32 Personen eingeliefert.

* **Gefunden** wurden: ein Paket mit Gummischuhen, ein Pincenez und mehrere Schlüssel.

* **Abhanden** kamen: ein Zwanzigmarkstück, eine goldene Damenuhr, eine Lorgnette mit Kette und ein Portemonnaie mit etwa 25 Mark.

* **Entlaufen** ist ein schwarzer Hund.

* **Gestohlen** wurden: aus einem Keller in der Viktoriastraße vor einigen Tagen eine Menge Sekt und Steinwein in blauen Bordeauxflaschen, ferner Medizin-Kognak usw., aus einer Destillation auf der Messergasse zwei dunkle Jacketts, aus einer Wohnung auf der Karlsstraße durch einen Mann, welcher ein Zimmer hatte mieten wollen, ein Portemonnaie mit 1.15 Mk., einem Silberschmied in einer Restauration ein Ebenholzstock mit silbernem Griff, ferner ein Fahrrad „Bratislavia", Nr. 91,578, und ein Fahrrad „Andar", Nr. 98,154.

* **Mit Beschlag belegt** wurde eine schwarze Reisedecke, welche von einem Diebstahl herrührt.

Aus Schlesien und Posen.

v. Richthofens Wahl für ungiltig erklärt!

In der letzten Sitzung der Wahlprüfungs-Kommission kam auch unter anderem die Wahl des konservativen Abgeordneten von Richthofen-Damsdorf (Wahlkreis Schweidnitz-Striegau) zur Prüfung. Bei der Hauptwahl waren Stimmen abgegeben worden: für v. Richthofen 10,042, für Feldmann (Soz.) 5841, für den Freisinnigen 4127, für den Antisemiten 3043. Bei der Stichwahl erhielt v. Richthofen 15,606, Feldmann 8865 Stimmen. Gegen die Wahl liegt ein Protest des Kaufmanns Reinhold Seidel aus Schweinfurt vor, der Ungiltigkeit der Wahl beantragt, wegen amtlicher Wahlbeeinflussung seitens des Reichskanzlers Fürsten Bülow! Der Chefredakteur der „Täglichen Rundschau" für Schlesien und Posen, O. Tippel in Schweinfurt, hat auf eine die Wahl betreffende Anfrage beim Reichskanzler folgenden Bescheid erhalten, den er in genanntem Blatte (Nr. 20 vom 24. Januar) zum Abdruck brachte:

„In meinem Briefe an den Generalleutnant von Liebert habe ich deutlich ausgesprochen, worauf es in dem gegenwärtigen Wahlkampfe ankommt und habe unter den dort zu bekämpfenden Gegnern die Sozialdemokratie in erster Linie genannt."

Referent und Korreferent [illegible] dieser Beschwerdeführung für [illegible] erheblich und beantragten, die Beschwerde des Protestes für unbegründet zu erklären. Unter Vertretung der Kommission [illegible] dagegen die Schwere dieser Wahlbeeinflussung [illegible] und beantragte, die Behandlung des Protestes als für genügend [illegible] und erheblich zu erklären. Nach langerer Debatte wurde dieser Antrag mit [illegible] der Stimmen der [illegible] und Nationalliberalen angenommen.

Die Minderheit [illegible] der Wahlprüfungskommission [illegible] Zentrum, Sozialdemokraten und Freisinnigen [illegible] Zentrum, Polen, Freisinnige [illegible] Zentrum, der Konservativen, Reichspartei und Wildkonservativen [illegible] angenommen **und die Wahl für ungiltig erklärt.** Da die Verhandlungen dem Hause auf Wunsch [illegible] unterbrochen, hat die sogenannte [illegible] Wahl [illegible] Wahlmacher und Parteimacher [illegible] der Kommission [illegible] nicht sehr erbaut sein.

Eine neue Koppendahn?

Daß [illegible] von Schmiedeberg aus über die Kynast-Ruine [illegible] Hirschberg erbauen, und die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft in Berlin will aus dem Fremdenverkehr [illegible] Kynast [illegible] Die Bahn soll [illegible] Tunnel [illegible] Kynast [illegible] Tunnel [illegible] Kynast [illegible] Tunnel [illegible] Kynast

Der rote Schrecken.

Fast sieht es so aus, als ob dieser in dem sonst so patriotischen Königshütte eingezogen wäre. Dem ängstlichen Spießer weiß denn auch die Lokaldresse, voran das für „Wahrheit, Freiheit und Recht" kämpfende Zentrumsblättchen, die „Königshütter Volkszeitung", allerhand gruselnde Geschichten zu erzählen. Jüngst sollte eine sozialdemokratische Versammlung (?) hinter verschlossenen Türen stattgefunden haben. Der Polizei, die Einlaß begehrte, hat man nicht aufgemacht, so daß die Tür erst durch einen herbeigeholten Schlosser geöffnet werden mußte. In Wirklichkeit handelte es sich um eine laut Entscheidung des Kammergerichts nicht anmeldepflichtige Sitzung des Gewerkschafts-Kartells. Die Tür, die nur zur Fernhaltung Unberufener geschlossen war, wurde sofort der Polizei geöffnet. Damit die Polizei-Behörde aber recht sicher geht, hat sie gegen die Uebeltäter ein Strafverfahren eingeleitet. Nun, das Gericht wird den Herren wohl klar machen, welche Versammlungen und Sitzungen meldepflichtig oder nicht meldepflichtig sind.

Kurz darauf brachte dieselbe „Volks"zeitung eine Notiz, wonach ein Arbeiter aus Neu-Heiduk, der mehrere Stunden in einer sozialdemokratischen Versammlung im Gewerkschaftshause gewesen sei, total betrunken nach Hause gekommen, die Möbel demoliert, sowie Frau und Kinder mißhandelt habe. Nachdem der zu Unrecht bloßgestellte der Zeitung eine Berichtigung gesandt, daß er noch nie, besonders an dem fraglichen Sonntage nicht, im Gewerkschafts-Lokal gewesen, da entdeckt das Blättchen, daß die böse Schwiegermutter schuld daran sei. Dann zeterte das Blättchen über den furchtbaren Lärm der Sozialdemokraten bei der Wahl zur Ortskrankenkasse. In Wirklichkeit waren es nur die viel zu kleinen Räumlichkeiten und die Unbeholfenheit des Wahlleiters, die dem nichts mit der Wahl zu schaffen habenden bisherigen Vorsitzenden Anlaß zu der ungesetzlichen Auflösung gaben.

Noch ein Fall gibt zu denken. Der Polizei-Kommissar erblickte in den Wahlen der Delegierten zur General-Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes, die am 24. März von 10 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags stattfanden, und wo an zwei Tischen ganze vier Mann saßen und die Wahlhandlung vornahmen, eine Versammlung, die er für aufgelöst erklärte! Nachdem ihm bedeutet war, daß von einer Versammlung gar keine Rede sei, da ja hier niemand spreche und daß diese Wahlen in ganz Deutschland ohne polizeiliche Anmeldung stattfinden, verließ der Herr Kommissar, einer Aufforderung des Wahlleiters folgend, das Lokal, erschien aber kurz darauf, jedenfalls nach Einholung weiterer Erkundigungen, wieder, und löste die Versammlung wieder auf! Da die Wahl jedoch inzwischen beendet war, ging alles ruhig auseinander.

Am 7. d. M. fanden die Wahlen der Delegierten zur General-Versammlung des Bergarbeiter-Verbandes statt. Auch diese Wahlhandlung, die leider nicht beendet werden konnte, verfiel der polizeilichen Auflösung.

Gegen alle diese nach jeder Hinsicht ungesetzlichen Handlungen ist Beschwerde eingelegt worden. Uns kann dieses Vorgehen der Polizei nur recht sein, denn jede dieser Handlungen öffnet dem Volke die Augen und jede bringt uns neue Anhänger. Die Leser der „Volkswacht" und „Gazeta Robotnicza" sowie die organisierte Arbeiterschaft aber mögen dafür sorgen, daß in jedem Arbeiterheim die Arbeiterpresse statt der Lokalblättchen gelesen wird. Arbeiter sind es, die ihr Geld für diese Zeitungen zahlen, und Arbeiter sind es, die sich dann für ihr Geld beschimpfen lassen müssen.

Strehlen, 11. April. Eine stark besuchte Steinarbeiter-Versammlung fand am Montage hier statt. Genosse Schütz-Breslau referierte über „Tarifvertrag und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft." Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall entgegengenommen. Zum Punkt 2 nahm der Referent, Kollege Barta, den von der Kommission entworfenen Tarif beraten, für welchen sich die Versammlung einstimmig erklärte. Weiter wurde beschlossen, den 1. Mai mit Garten-Konzert und Nachmittags mit einer Versammlung zu feiern. Nach Beratung über den Saalbau wurde versprochen, die Versammlung so lange zu besuchen, bis der Sieg unser ist. Am Sonntage tanzten nur ein bis vier Paare. Herr Heide hatte diesmal die Kneipe vorgezogen, damit auch die Musikanten noch den Groschen Entree zahlen müssen.

Grunwendorf, 10 April. Steinarbeiter-Versammlung. Trotzdem von gegnerischer Seite das Gerücht verbreitet wurde, daß die für Sonnabend anberaumte Steinarbeiterversammlung nicht stattfindet, hatten sich doch eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern mit ihren Frauen eingefunden. Genosse Schütz-Breslau sprach über das Thema: „Die letzten Reichstagswahlen, und welche Schlüsse wir daraus." In beifällig, wie oft von anhaltenden Zwischenrufen unterbrochener Rede schilderte der Referent die Mittel, mit welchen diesmal unser Gegner gearbeitet haben. Der Leiter der Versammlung wies auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation hin und die Versammelten mahnte, nicht eher zu ruhen bis auch in Grunwendorf und Umgegend der Sozialismus Wurzel gefaßt haben wird.

Schweidnitz, 11. April. Lehrermangel. In der hiesigen evangelischen Knabenschule werden die bestehenden 2 Klassen in eine Klasse von einem Lehrer unterrichtet. — Erinnert wie in Ostrau!

— Ueber das neu zu errichtende Lehrerseminar hat wir in der Sache noch folgende Einzelheiten mitzuteilen zu können. Da die Entwickelung der Stadt Schweidnitz in industrieller Hinsicht viel zu wünschen übrig läßt, glaubt man in den maßgebenden Kreisen nach anderer Richtung hin etwas tun zu müssen. Die geplante Errichtung eines Lehrerseminars soll daher so schnell wie möglich in die Wege geleitet und zum Abschluß gebracht werden. Zur vorläufigen Aufnahme dieses Instituts soll die Kessel-Stiftung, deren ursprünglicher Zweck zum nicht geringen Leidwesen gewisser Kreise nicht genügend „gewürdigt" wird, ausersehen sein. Diese Anstalt enthält Klassenzimmer, in denen Knaben und Mädchen getrennt unterrichtet werden sollten. Diese Absicht ist jetzt aufgegeben worden; beide Geschlechter sollen in einem Klassenzimmer unterrichtet und die hierdurch gewonnenen Räume dem zu errichtenden Seminar zur Verfügung gestellt werden. Später soll dann auf demselben Grundstück ein eigenes Gebäude für das Seminar errichtet werden.

—r. **Waldenburg**, 10. April. Für die Berg-Arbeiter enthält der Jahresbericht des bergbaulichen Vereins recht lehrreiche Angaben. Es heißt in demselben, daß die Geschäftslage eine hocherfreuliche sei. Sie wäre noch glänzender geworden, hätten nicht die Arbeiter Abneigung gegen Mehrarbeit gezeigt, sodaß nur mäßig Belschichten eingelegt werden konnten. Diese indirekte Beschuldigung der Bergarbeiter, sie wären faul gewesen, ist um so frivoler, als der Jahresbericht an einer anderen Stelle das gerade Gegenteil zugestehen muß. Die Zahl der Arbeiter hat sich um 427 vermindert und trotzdem stieg die Fördermenge um 98.576 Tonnen. Auf jeden Arbeiter entfallen 206 Tonnen pro Jahr, die einen Verkaufswert von 1755.12 Mark hatten. Wieviel jeder Knappe von diesen 1755 Mark, die er erschuftete, als Lohn wirklich bekam, sagt der Bericht ebenfalls. Es wurde ein Jahreslohn von 924 Mark ausgezahlt, den Rest von 831 Mark behält sich der Unternehmer als Lohn für seine saure Arbeit und zur Bestreitung der Unkosten. Daß unsern Bergherrn noch eine Kleinigkeit davon übrig bleibt, darf man wohl annehmen, wenn man bedenkt, daß der den Arbeitern nicht ausgezahlte Arbeitsertrag 26,222 Mal 831, also 21,79 Millionen Mark beträgt. Man sieht, unsere Werksbesitzer sind gute Christen, die sich mit ihren Arbeitern redlich in den Gewinn der Gruben teilen. Sie stellen aber auch das Licht ihrer Tugend nicht unter den Scheffel, sondern verkünden in ihrem Jahresbericht, daß der Schichtlohn pro Arbeiter um 3,74 Prozent gestiegen ist. Der Preis der Tonne Kohlen stieg um 37 Pfg., das macht pro Arbeiter mit einer Jahresleistung von 206 Tonnen 76,22 Mark. Da nun die Lohnsteigerung bestenfalls pro Arbeiter 35 Mark beträgt, bleibt auch hier der Löwenanteil an der Kohlenpreiserhöhung den Werksherren in der Tasche. Sie konnten, ohne einen Pfennig zuzuzahlen, den Schichtlohn um 7—10 Prozent, statt um 3,74, erhöhen. Daß die Löhne unzureichend waren, gibt man ja selbst zu, indem einzelne Werke billiges Fleisch und Fische für ihre Arbeiter bezogen. Wie der Bericht ergibt, hätten die Beraderten in ihren Vereinssitzungen sich größtenteils mit Arbeiterfragen beschäftigt. Welcher Art diese „Beschäftigung" war, fühlten die Knappen am harten an der drückenden Sperre an den Maßregelungen ihrer Wortführer, an dem scharfen Zwange zu Ueberschichten und Ueberstunden und an der allgemeinen Treiberei bei der Arbeit. Nicht wenig Sorge mag auch den vereinigten Werksherren die Bewegung ihrer weißen Sklaven vom vorigen Herbst bereitet haben, doch werden sie in dem Bericht mit der wörtlichen Versicherung beruhigt, daß die christlichen (lies kapitalistischen) Bergarbeiter-Vereine einen Zuwachs von 1000 Mitgliedern hatten und daß weitere Vereinsgründungen bevorstehen.

Man müßte an der Zukunft der Menschheit verzweifeln, dürfte man nicht hoffen, daß sich der denkende Teil der Bergarbeiterschaft angesichts der vorliegenden Tatsachen doch noch aufraffen und durch Beitritt zum freien Bergarbeiterverbande den Kamen einen Sinnbild durch die höhere Bedeutung macht.

Langenbielau, 10. April. Eine stark besuchte Turnerversammlung trat am Sonnabend im großen Saale des Herrn W. Dörsch. Schon die Tagesordnung zeigte, daß in der Versammlung der Gegensatz zwischen den bisherigen Turnern (Hauptsächlich zum Ausdruck kommen würde. Mit Ausnahme einiger Mitglieder wurden alle Seiten der Deutschnationalen Turnerschaft in gemeiner Weise angegriffen. In einem einstündigen Vortrage gegen der Kreis-Vorsitzender des Arbeiter-Turnerbundes, E. Schramm-Breslau, den Wert des Turnens für Arbeiter und Arbeiterinnen, wandte sich scharf gegen die sogenannte Deutsche Turnerschaft und empfahl unter lautem Beifall den Beitritt zum Arbeiter-Turnerbund. Dem Leiter Hornwald-Reichenbach, der Turnwart der Deutschen Turnerschaft, nahm in der Diskussion das Wort, um vom Sozialisten, Verunglimpfungen, Jugend verderben, Turnen Kommunismus usw. zu reden, ohne irgendwelche Gründe zu nennen, die Ausführungen des Referenten widerlegen zu können. Auch die Gegner Schramm, Wunderlich usw. nahmen das Wort, wobei dem Schwätzer sich sehr bemüßigend bemerkbar und unter anderem meinte, daß er Turnern Geld gegeben habe. Von den Genossen Frisch, Wenzel und Fellmann wurde dem Schramm in seinen Schlußworten wurde der „Zweifel" sofort heimgezahlt.

Die „Zeitungen" werden erfreulich gelesen haben, daß dem Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft das Handwerk nicht leichter werden wird. — Am Sonntag fand in einer öffentlichen Turnerinnen-Versammlung in Weigelsdorf und Langenbielau statt. Die Ausführungen der Turnerin Schulein-Breslau waren sehr lebhaft, daß sich die Arbeiterinnen sich der Turnerinnen-Abteilung der Freien Turnerschaft anschlossen.

Am 20. Juni findet hierselbst das 2. Bezirksturnfest statt, bei welchem Massenübungen von 300 Turnern zur Aufführung kommen werden. Dieses Fest soll den deutschen Turnern zeigen, daß auch in den Arbeiter-Turnvereinen die Pflege der Leibesübungen eine Stätte gefunden hat.

Bunzlau, 11. April. Schreiber-Elend. Der Privatschreiber Heinrich Georg, Gymnasialstraße 8b, ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Als ihn in früher Morgenstunde ein Handwerker aus Birkenbrück aufsuchen wollte, fand man ihn erhängt vor. Heinrich George hatte sich nach dem Tode seiner Frau dem Alkoholgenuß etwas stark zugewandt, so daß er seinem Hauswirt zuletzt den Mietzins schuldete. Nunmehr hat der im 58. Lebensjahre stehende Mann, dessen geringer Verdienst durch Privatschreiberei immer mehr zurückging, selbst Hand an sich gelegt.

Lipine, 12. April. 250 Schmelzer, Blendbrüter und Zinkarbeiter sind Donnerstag Mittag auf der Godulla-Zinkhütte bei Lipine in den Ausstand getreten. Der Betrieb wurde vollständig eingestellt. Die Arbeiter fordern Erhöhung ihrer kärglichen Löhne, wogegen sich die Verwaltung sträubt, trotzdem sie Jahr für Jahr die fettesten Geschäfte gemacht hat. Es kann nur gewünscht werden, daß die Arbeiter ihre Forderungen durchdrücken.

Beuthen, 12. April. Erfolgreiche Lohn-Bewegung der Steinarbeiter. Einen Erfolg, wie ihn wohl kein Beruf in Oberschlesien zu verzeichnen haben dürfte, haben die sämtlich der Organisation angehörigen Steinmetzen der Firma Rosenthal zu verzeichnen. Noch bis vor kurzem gab es hier nur wenige Einzelmitglieder der Steinarbeiter. Die gute Konjunktur aber gab der Firma Veranlassung, Arbeiter von außerhalb heranzuholen. Die Firma hatte versprochen, den Bunzlauer Tarif zu bezahlen, konnte sich aber Anfangs nicht dazu aufschwingen. Eine am 28. März vom Gewerkschafts-Kartell einberufene Steinarbeiter-Versammlung beschloß, nachdem festgestellt war, daß nur ein Arbeiter unorganisiert war, die Gründung eines Ortsvereins. Die sofort vorgenommene Wahl der Ortsverwaltung ergab, daß Kollege Wilhelm Riefert zum Bevollmächtigten, Franz Schweda zum Kassierer und Wilhelm Vogel zum Schriftführer eingesetzt wurden. Ein Vorschlag des Vorsitzenden des Kartells, von einer Kommissions-Verhandlung mit der Firma Abstand zu nehmen, wurde angenommen, dafür aber beschlossen, den Gauleiter, Kollegen Lobse-Striegau, zu ersuchen, das von der Firma in Bunzlau gemachte Versprechen tariflich festzulegen. Gauleiter Lobse ist es am 4. und 5. d. Mts. gelungen, den Bunzlauer Tarif auf die Dauer von zwei Jahren mit der Firma abzuschließen. Damit ist auf Grund der Organisation ein schöner Erfolg ohne jeden Kampf zu verzeichnen. Neben dem einigermaßen auskömmlichen Lohn ist die 8½stündige Arbeitszeit gesichert. Die Arbeiter Oberschlesiens aber sollten hieraus eine Lehre ziehen, daß nur die moderne Arbeiter-Bewegung es ist, die für sie eintritt und ihre Lage verbessert. Darum, wer macht's den Steinmetzen nach?

Kleine provinzielle Nachrichten.

Der Oekonom Fritz Bergmann aus Breslau hat, wie jetzt gemeldet wird, den Raubmord an dem Gutsbesitzer Klein in Schmiedeberg, dem Schwiegervater seiner Schwester, eingestanden, bestreitet aber, Mitschuldige bei der Tat gehabt zu haben. Wie schon berichtet, ist der dieser Tage in Breslau verhaftete Bruder des Mörders vom Untersuchungsrichter in Hirschberg bereits wieder freigelassen worden, die Schwester aber sitzt noch in Untersuchungshaft. — Ein schweres Unglück hat sich am Freitag in **Ebersdorf** bei Sprottau ereignet. Der bei dem Gutsbesitzer Waske beschäftigte Knecht Irrgang geleitete eine von 4 Pferden gezogene Dreschmaschine nebst Lokomobile. Hierbei glitt er aus und kam unter die Räder. Der Unglückliche wurde von der schweren Last erdrückt. Er war sofort tot. Der Wagenführer Koraimitz stürzte auf dem Kreuzschacht der **König-Laura-Grube** (Königshütte) aus beträchtlicher Höhe infolge Reißens der Seilkäle in den Senkschacht, wo er tot liegen blieb. — Die größte Zahl der vom Gymnasium in **Gnesen** im verflossenen Vierteljahr relegierten Gymnasiasten ist mit dem beginnenden Schuljahr wieder aufgenommen worden, nachdem deren Eltern sich verpflichteten, ihren die Volksschule besuchenden Kindern den Schulstreik nie zu gestatten.

Breslauer Marktbericht.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission

Breslau, 11. April 1907. Das Kilogramm

	gute Sorte		mittlere		geringere Sorte	
	höchst.	niedr.	höchst.	niedr.	höchst.	niedr.
Weizen weißer	18.30	17.50	17.40	17.10	17.00	15.80
Weizen gelber	18.20	17.40	17.30	17.—	16.90	15.70
Roggen	15.30	15.20	15.20	14.90	14.80	14.70
Braugerste	17.—	16.60	16.50	15.—	—	—
Hafer	14.—	13.80	13.75	13.40	13.30	13.—
Stroh	17.—	16.60	16.50	16.30	16.20	15.40
Kleines Speisestroh	20.30	19.50	19.50	17.50	16.50	15.50
Heu	18.—	17.50	14.50	15.30	14.50	14.—

Heu und Stroh per 50 Kilo — bis — Pf.

Stroh und Stroh per 50 Kilo — bis — Pf.

Breslauer Viehmarkt. Marktzufuhr: zum Schlachtvieh 1[illegible] Kilogramm Lebendgewicht: Rinder [illegible] Mk., Kühe [illegible] Mk., Bullen [illegible] Mk., Kälber [illegible] Mk., Hammel [illegible] Mk., Schweine [illegible] Mk.

Achtung! Achtung!

Sonntag, den 14. April 1907, vormittags 11 Uhr:

Grosse öffentliche Volksversammlung

im großen Saale des „Gewerkschaftshauses" Morgenstraße 17.

Thema:

1. Die wirtschaftliche Not und der politische Bankrottstaat. 1768
Referent: Genosse Barta-Breslau.
2. Freie Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Eintritt 10 Pfg. Der Einberufer.

Neu! Achtung! Neu!

Friedrich-Wilhelm-Restaurant

Anderssen-Straße Nr. 2. 1773

Jeden Samstag u. Sonntag: Ausstellung u. humorist. Unterhaltung. Für gute Speisen und Getränke ist gesorgt.

Sonntags: Extra-Gratis-Verlosung einer lebenden Gans.

Arbeiter! Bürger! Handwerker!

kaufen Euch Euch Euer Kleider nur 1[illegible]

Herren- u. Knaben-Garderobe

[illegible]

Zerlig's Konfektions-Haus

21 Friedrich-Wilhelmstraße 21

Saalbau-Verein Waldenburg.

Sonntag, den 21. April 1907, nachmittags 2 Uhr im Gasthof „zum goldenen Stern" in Altwasser

Generalversammlung. 1774

Die Bilanz liegt zur Einsicht der Genossen im Lokale, Friedrichstraße 28, auf. Der Vorstand.

Uhren, Ketten, Ringe.

Nur gutes Fabrikat. 699

Billigste Preise.

Max Frenzel, Uhrmacher

Friedrich-Wilhelmstr. 28.

Schweinefleisch pro ℔ 60 Pf. an

nur Posnerstrasse 23.

Bitte aufzusehen auf ähnliche Geschäftsnamen keinen Rabatt.

Hochachtungsvoll empfiehlt meine 1774

besseren Wurstsorten.

Preiswerte Schuhe kaufen

im Schuhwarenhaus „Zum Glücksstiefel"

21 Friedrich-Wilhelmstraße 21

[illegible] 1776

neue verdienten Geld

billiger und gut Schuhwaren.

Waggonbau!

Personenwagen-Stellmacher, Güterwagen-Stellmacher, Unterbauschlosser und Nieter 1768

auch auswärts gesucht bei gutem Verdienst und Reisevergütung. Zu melden 12—2 und 6—8 Uhr bei

Herrn Bongorski,

Friedrich-Wilhelmstraße 67, 2. Etg.

Vorteilhafteste und billigste Bezugsquelle in 1775

Herren-Filz- und Strohhüten

A. Weinfeld, Inh.: Heinrich Furrmann

Albrechtstraße 77, [illegible] Wilhelmstraße.